Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288. **Dienstag den 10. Dezember 1901.** 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die zolltariffreundliche ‚Mehrheit‘.

Die Mehrheit im Reichstage ist für die Grundidee des Zolltarifes. Ueber das Maß der Erhöhungen der einzelnen Positionen weichen die Ansichten innerhalb der Mehrheit gewaltig von einander ab. Aber daß namentlich die Zollsätze für die Agrarprodukte erhöht werden sollen, darüber ist man sich einig. Und deshalb kommen jetzt allerlei Leute, denen sonst an Konstitutionalismus nicht viel und an Parlamentarismus gar nichts gelegen ist und erklären, aus Respekt vor der Mehrheit müsse sich die Minderheit einfach fügen, wenn sie nicht an dem Wesen des Parlaments rütteln wolle.

Demgegenüber kann die Minderheit auf zweierlei hinweisen. Einmal darauf, daß der heutige Reichstag gar nicht unter der Parole „Für oder wider höhere Zölle!“ gewählt worden ist, und daß es sehr zweifelhaft wäre, ob ein Appell an die Wähler, wie er eigentlich vor einer so grundsätzlichen Entscheidung erfolgen müßte, dieselbe Zusammensetzung des Reichstages ergeben würde; sodann darauf, daß die Zweidrittelmehrheit, die heute etwa für Zollerhöhungen da ist, in dem Augenblick sich auf ein Minimum reduziren würde, wenn eine gerechte Wahlkreiseintheilung vorgenommen würde. Sieht man nicht auf die Zahl der Abgeordneten, sondern auf die Zahl der abgegebenen Stimmen, so ist es schon mit der „imposanten“ Mehrheit für den Hochzoll vorbei. Das beweist ein einfaches Rechenexempel. Lassen wir alle kleinen Parteien, deren Stellungnahme zweifelhaft ist, aus dem Spiel, rechnen wir das ganze Zentrum als zolltariffreundlich, was ja nicht zutrifft, korrigiren wir aber den dabei begangenen Fehler, indem wir die Nationalliberalen, bei denen die Tariffreunde überwiegen, auch außer Ansatz lassen, so ergiebt sich folgendes Bild, das sich übrigens seit den Hauptwahlen von 1898 noch etwas zu Gunsten der Linken verschoben hat:

Tariffreunde.

Deutschkonservativ	859 222 Stimmen	56 Abgeordnete
Deutsche Reichspartei	343 642 „	23 „
Zentrum	1 455 139 „	102 „
Antisemiten 2c.	284 250 „	13 „
Bund der Landwirthe	110 389 „	6 „
Agrarischer Bauernbund	140 304 „	5 „
	3 192 946 Stimmen	205 Abgeordnete

mit durchschnittlich 15 575 Stimmen gewählt.

Tarifgegner.

Freis. Vereinigung	195 682 Stimmen	12 Abgeordnete.
„ Volkspartei	558 314 „	29 „
Sozialdemokratie	2 107 076 „	56 „
Deutsche Volkspartei	108 528 „	8 „
	2 969 600 Stimmen	105 Abgeordnete.

mit durchschnittlich 28 282 Stimmen gewählt.

Die Zahl der tariffreundlichen Abgeordneten ist also fast doppelt so groß wie die Zahl der tariffeindlichen. Aber während auf jeden tariffreundlichen Abgeordneten nur 15575 Wähler entfallen, kann sich jeder Tarifgegner darauf berufen, daß er 28282 Wähler vertritt, daß also seine Stimme, wenn man nach altkonservativer Ansicht die Abgeordnetenstimmen wägen und nicht einfach zählen wollte, fast mit doppelter Wucht in die Wagschale fallen müßte.

Nach dem Reichstagswahlgesetz vom 31. Mai 1869 soll auf durchschnittlich 100 000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden. Danach müßten wir heute statt 397 etwa 570 Abgeordnete haben. Aber die Zahl der Abgeordneten ist stationär geblieben. Wenn ihre Vermehrung im Sinne des Reichstagswahlgesetzes erfolgte, so wäre der Zuwachs von 170 Abgeordneten fast ausschließlich den Parteien der Linken zustatten gekommen, denn nur in den Industriegegenden hat die Bevölkerung erheblich zugenommen. In Ragnit-Pillkallen oder in Pr. Holland-Mohrungen haben immer etwa 20 000 Wähler einen Agrarier gewählt und werden ihn wohl auch in Zukunft wählen. In Berlin VI haben aber über 150 000 Wähler nur das Recht, einen Handelsvertragsfreund in den Reichstag zu entsenden.

Sollten die Agrarier wirklich in der Tarifrage siegen, so würden sie nicht siegen, weil sie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter sich haben, sondern nur, weil ein im Jahre 1869 sinnvoll gegebenes Wahlgesetz im Laufe der Jahrzehnte zu einer gesetzgeberischen Karrikatur geworden ist.

Diese Erwägungen der „Handelsvertragsvereins-Korrespondenz“ darüber, wie das deutsche Volk um sein Recht kommt, müssen noch ergänzt werden durch den Hinweis auf die Art, mit welchen Mitteln der Einschüchterung unter Ausnutzung der wirthschaftlichen Abhängigkeit der Wähler auf dem Lande die konservativen Wahlen zu Stande kommen. Auch ermangeln die ländlichen Arbeiter des Koalitionsrechts, der wichtigsten Stütze in dem Kampfe des Volkes gegen das Junkerthum. Fände eine gerechtere Vertheilung der Wahlkreise statt; würde den Konservativen die offizielle Wahlunterstützung, die ihnen vielfach blüht, entzogen; hörte jede Vergewaltigung abhängiger Wähler durch ihre agrarischen Arbeitgeber auf, und fänden endlich die Reichstagswahlen unter der Parole „Für oder wider die Brodwucherzölle“ statt — so bestände der Reichstag aus einer erdrückenden Mehrheit von Gegnern des Zolltarifs!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 7. Dezember 1901.

Im Reichstag sah es heute so trüb und öde aus, wie nie zuvor an den früheren Tagen. Die Tribünen waren sehr schwach besucht; einige Japaner nur, die in der ersten Reihe saßen, verliehen dem Hause eine gewisse internationale Färbung. Die Antisemiten Köhler und Ahlwardt gaben ein Gastspiel unten im Saale, in dem von den 397 Vertretern des deutschen Volkes höchstens 70 saßen. Und auch diese waren nur deshalb gekommen, weil sich's bei den eintönigen Reden gar so gut schlummert. Der Elsässer Stadtpfarrer Winterer redete einem mäßigen Schutzzoll das Wort und erregte ebensowenig ein allgemeines Interesse, wie der Vertreter seines Landes am Regierungstische, Herr von Schraut. Dessen Rede hatte den großen Vorzug, kurz zu sein; in wenigen Minuten hatte er sein Lied von der Noth der Landwirthschaft, der Textilindustrie und des Weinbaus abgesungen. Zu längeren Ausführungen ergriff nun Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung das Wort. Irgend etwas Neues war in seiner Rede nicht zu finden; doch es ist wirklich schwer, neue Gedanken zu finden, wenn schon an sechs früheren Tagen alles ausgeschöpft ist, was sich an neuen, alten und ältesten Gedanken zu der Vorlage vorbringen läßt.

Herrn v. Wangenheim, dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe, genügte natürlich der Bülow'sche Hungertarif nicht. Er schwärmte für den Antrag Kanitz und drohte der Regierung den Aufruhr der bisher staatserhaltenden Parteien und ihr Bündniß mit der Linken an, wenn nicht alle agrarischen Blüthenträume im Bülowschen Garten reifen sollten. Bei der Schwäche unserer leitenden Kreise allen agrarischen Anmaßungen gegenüber, kann diese Drohung schon Eindruck machen.

Der freisinnige Gutsbesitzer Bräsicke, das letzte Ueberbleibsel aus der liberalen Aera Ostpreußens, erregte den höchsten Unwillen der Standesgenosse von der Rechten durch die bitteren Wahrheiten, die er ihnen sagte. Er hielt ihnen vor, daß die Nothlage so vieler Gutsbesitzer nur dadurch hervorgerufen sei, daß sie mit riesigen Schulden wirthschaften. Nur die Leutenoth gab er zu, schob sie aber mit Recht auf den Militarismus und die schlechten Verkehrsverhältnisse Ostpreußens. Der dritte Zentrumsredner, Abg. Herold, beschränkte sich auf Wiederholungen seiner Fraktions-Kollegen Spahn und Speck. Die katholischen Arbeiter sollen offenbar gewaltsam zu dem Glauben bekehrt werden, daß sie den unerhörten Brodwucher des Zentrums mit der magern Aussicht auf eine Wittwen- und Waisenversorgung aus den Mitteln der Getreidezölle nicht zu theuer bezahlen. Der Reichsparteiler v. Thiedemann verlangte höhere Minimalsätze als die Regierung vorschlägt, und die Herren Hilpert (bayer. Bauernbund) und der Agrardemagoge Schrempf erheiterten das Haus durch die freiwillige und unfreiwillige Komik ihrer Reden. — Am Montag wird die Zolltarifdebatte durch die Interpellation Arendt wegen der Kriegsinvaliden unterbrochen.

---

107. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, Möller, Frhr. v. Thielmann, Frhr. v. Rheinbaben.

Mehrere Rechnungssachen werden debattenlos in erster Berathung erledigt; ebenso in erster und zweiter Berathung der Entwurf betr. die Grenzverlegung längs des Vezemssaflusses.

Die erste Lesung der Zolltarifvorlage wird fortgesetzt.

Winterer (Elsässer): Wir werden immer bereit sein, für die Arbeiter einzutreten, sprechen uns aber für eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle aus. Die landwirthschaftliche Bevölkerung bildet in Elsaß-Lothringen noch die Mehrzahl, nimmt aber von einer Volkszählung zur andern ab. (Hört! hört! rechts). Diese Bevölkerung besteht meistens aus kleinen Bauern, von „Ausbeutung“ und „Brodwucher“ kann also keine Rede sein. Wir wollen allerdings nicht so weit gehen wie Graf Schwerin, glauben aber mit einer mäßigen Erhöhung der Getreidezölle auf dem Boden ausgleichender Gerechtigkeit zu stehen.

Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Schraut: Unsere Landwirthschaft unser Weinbau bedürfen eines erhöhten Schutzes. Auch unsere Textilindustrie ist hauptsächlich eine Ausfuhrindustrie und ist klar darüber, daß Deutschlands Tarifstellung befestigt werden muß, um zu Handelsverträgen zu gelangen.

Schrader (FVg.): Viel interessanter als die Reden aus dem Hause waren die Reden der einzelstaatlichen Minister. Man merkte aus ihnen heraus, daß sie nur mit sehr schwerem Herzen der mittleren Linie zustimmen. (Sehr richtig! links). Niemand hat eine Erhöhung unserer Zollsätze gewünscht, nur allein von den Vertretern der Landwirthschaft ist eine dahingehende Agitation seit Jahren betrieben worden. Allzu leicht aber werden die Industriellen ihre Zustimmung dazu nicht hergeben, sondern sie werden auch für sich verschiedene Zölle verlangen und so kann es leicht dazu kommen, daß die Landwirthschaft das, was sie durch die Agrarzölle gewinnt, durch die Industriezölle wieder verliert. Wie will man uns die Nothlage der Landwirthschaft beweisen? Es ist doch zweifellos, daß die Anbaufläche sich vermehrt hat, daß die Erträge sich gesteigert haben, daß die Viehhaltung zugenommen, die Subhastionen abgenommen haben. Von einer Noth der Landwirthschaft im Ganzen kann also keine Rede sein. Der Landwirthschaft im Ganzen helfen Sie ja auch gar nicht durch die Zölle, sondern nur dem Großgrundbesitz. Wenn solche Verhältnisse wie in Württemberg in ganz Deutschland existirten, würde Herr v. Pischek wohl schwerlich für die Regierungsvorlage gestimmt haben. Redner verbreitet sich des Weiteren über die Ursachen der Verschuldung einzelner Theile der Landwirthschaft, seine Ausführungen bleiben indessen im Einzelnen auf der Tribüne unverständlich. Die Noth der Landwirthschaft, die zum großen Theil gar nicht besteht, wird auch durch die Zölle nicht beseitigt werden. (Bravo! links.)

Frhr. v. Wangenheim (K.): Abg. Schrader hat vergessen, daß die Unkosten der Landwirthschaft erheblich gestiegen sind. Es sind freilich die Bruttoerträge gestiegen, nicht aber die Nettoerträge. Länder mit höherer Kultur, deren Produktionskosten höher sind, bedürfen auch eines erhöhten Schutzes. Ich bin noch heute überzeugt, daß der Antrag Kanitz für die gesammte Bevölkerung den besten Schutz bedeutet, und hoffe, daß er noch einmal zur Verwirklichung kommen wird. Ich verstehe nicht, warum die Sozialdemokraten, die doch sonst so für Selbsthilfe sind, jetzt so über die Selbsthilfe der Landwirthschaft herfallen. Landwirthschaft und Industrie sind ein untrennbares Ganzes; beide müssen daher völlig gleich behandelt werden. Dadurch, daß die Getreidepreise nicht mehr rentiren, ist ein Zweig der Landwirthschaft nach dem andern ruinirt. Der wirthschaftliche Ausschuß hat eine Fülle von vorzüglichem Material geliefert. Der Zolltarif muß jeden Zweig unserer Produktion schützen, dem vom Auslande Konkurrenz gemacht wird. Die Zollsätze erreichen zu einem erheblichen Theil nicht die Höhe, die wir fordern. Die Spannung zwischen Getreide- und Brodpreisen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Man sollte die Schuld an den gestiegenen Brodpreisen lieber den Zwischenhändlern zuschreiben, als den Landwirthen. Die Rücksicht auf das Ausland kann uns nicht hindern, hohe Zölle zu tragen, denn das Ausland nimmt auch auf uns keine Rücksicht. Bei der schlechten Rente aus dem landwirthschaftlichen Betriebe werden auf die Dauer die reichsten Leute nicht im Stande sein, mit Erfolg zu wirthschaften. Die Landwirthschaft müßte also schließlich zu Grunde gehen und es bleibt nichts übrig, als daß der Staat die Verwaltung der Güter selbst in die Hand nimmt. Diejenigen sind die besten Freunde des Vaterlandes, die die Erkenntniß von der Bedeutung des Schutzzolles haben und ich freue mich, daß solche Töne auch in den Reden des Grafen Posadowsky und des Grafen Bülow angeklungen sind. Heute hat man freilich oft die Empfindung, als ob sich unsere ganze Wirthschaftspolitik nur nach den Interessen der großen Schiffahrtsgesellschaften richte. Aus Rücksicht auf diese hat man eine Menge Konzessionen an Amerika gemacht. Gewiß wollen wir unsere Exportindustrie fördern, aber ohne gesunde Heimathspolitik ist eine Weltpolitik nicht möglich. Es ist eine Pflicht jedes ehrlichen Deutschen, der Landwirthschaft diesen Schutz zu gewähren. Hier handelt es sich nicht nur um die wirthschaftliche, sondern um die ganze politische Zukunft Deutschlands. Das deutsche Volk der Dichter und Denker soll zeigen, daß es seine Gedanken auch in die Praxis umsetzen kann. Würde uns dieser Zollschutz versagt, so bleibt uns nichts anderes übrig, als jeden Zollschutz abzulehnen und abzuwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Die Regierung muß sich jetzt entscheiden, ob sie weiter zollpolitischen Maßnahmen zustimmen will, welche die staatserhaltenden Parteien ruiniren, sodaß diese Parteien nicht mehr in der Lage wären, mitzuhelfen und auf anderen Gebieten mit den Parteien der Linken gehen müßten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Bräsicke (FVp.): Gestützt auf meine praktischen Erfahrungen sage ich: es existirt keine Noth der Landwirthschaft bis auf die Leutenoth. Diese rührt aber vor allem daher, daß gerade in der Erntezeit die Leute zum Militär eingezogen werden. Im Osten werden mit kleinem Betriebskapital viel zu große Betriebe erworben. Ein solcher Gutsbesitzer ist dann nichts, als ein Verwalter seiner Gläubiger. Die jungen Leute, die sich so ein Gut erworben haben, werden dann Offiziere, die landwirthschaftliche Ausbildung kommt dabei zu kurz und dann geht die Karre schief! Einen Rückgang der Wirthschaftsrente bestreite ich, die Bruttoeinnahmen haben sich sehr vermehrt, zurückgegangen sind nur die Einnahmen aus dem Getreidebau, weil ein großer Theil zu Wirthschaftszwecken benutzt wird. Die Bauern stehen sich heute viel besser als früher und auch besser, als die größeren Besitzer. Die Preise für Vieh, Butter usw. sind ganz bedeutend gegen früher gestiegen. Die Bauern wirthschaften heute ganz anders als früher, sie füttern gut und besitzen die neuesten Maschinen. Auch die Güterpreise sind gestiegen. Die Getreidepreise spielen aber heute keine so große Rolle, wichtiger ist die Verwendung des Getreides in der eignen Wirthschaft. Es steht außer allem Zweifel, daß die Konsumenten den erhöhten Zoll tragen werden und das Odium haftet an denjenigen, die auf Kosten anderer Schichten der Bevölkerung die eigenen Taschen füllen. Der Bund der Landwirthe untergräbt den Kredit der Landwirthschaft auf das Furchtbarste. Trotzdem opfern die Landwirthe noch jährlich 500 000 Mk. dem Moloch der Kasse des Bundes der Landwirthe zu einer Agitation, die die Bestie im Menschen wachruft. Der russische Handelsvertrag hat den Ostseeprovinzen ein Hinterland gegeben, Handel und Wandel neu belebt. Wollen wir uns diese Vortheile entgehen lassen? Bei uns sind die Verhältnisse noch nicht so ungesund wie in England, wo die Landwirthschaft durch Fideikommißwirthschaft und Großbetrieb ruinirt wird. Viel wichtiger als Getreidezölle sind billige Verkehrsmittel. Setzen Sie diese durch und Sie werden für das Land viel mehr Segen schaffen, als durch die unglückseligen Getreidezölle. (Leb. Beifall links.)

Herold (Z): Industrie und Landwirthschaft müssen gleichberechtigt neben einander stehen und bedürfen gleichmäßig des Schutzes. Für die Nothlage der Landwirthschaft sind schon genügend Beweise beigebracht worden. Die Schwäche der Position der Getreidezollgegner liegt darin, daß sie sich hinter die Großgrundbesitzer ver-

schanzen; die 2½ Millionen Bauern wagen Sie (nach links) nicht aufzugreifen. Wir wollen überhaupt kein Steigen der Getreidepreise herbeiführen, sondern nur ein weiteres Sinken verhüten. Die Entwickelung der Industrie wollen wir fördern, aber nicht auf Kosten der Landwirthschaft. Die jetzige wirthschaftliche Nothlage der Arbeiter hat mit der Zolltarifvorlage nichts zu thun. Leidet nicht auch der Bauer Noth? Aber darum kümmern sich ja die Sozialdemokraten nicht; sie haben nur immer den Lohnarbeiter im Auge. Ist für den Lohnarbeiter nichts geschehen? Hat nicht gerade das Zentrum jahrzehntelang für erhöhten Arbeiterschutz gewirkt. Herr Bebel hat sich auf Aeußerungen früherer Zentrumsabgeordneten berufen. Wir schreiten eben mit der Zeit fort. Der heutige Nothstand der Landwirthschaft ist unbestreitbar. Die Sozialdemokraten, die mit voller Kraft gegen die Vorlage eintreten wollen, dienen damit nicht dem Wohle der Arbeiter, sondern nur ihren Parteizwecken. Wir werden dafür sorgen, daß kein Zolltarif zu Stande kommt, in welchem nicht die Wohlthat der Witwen- und Waisenversorgung gesetzlich festgelegt ist. (Beifall im Zentrum.)

v. Tiedemann (RP.): Der Gedanke der Getreidezölle entstammt einzig und allein der Initiative des Fürsten Bismarck. 1879 wurde der Zolltarif in 3 Monaten fertiggebracht. Es war vor allem ein Zoll für die Industrie. 1885 wurden dann die Getreidezölle um das 2fache erhöht und 1887 stiegen sie auf die heutige Höhe. Die Zölle von 1879 haben die Industrie zu großer Blüthe gebracht, die Landwirthschaft aber ringt heute geradezu um ihre Existenz. Getreidezölle würden der Landwirthschaft einen erhöhten Absatz im Inlande ermöglichen, so daß sie sich eventuell mit absolut billigeren Preisen begnügen könnte. Wir erachten die im Tarifentwurf eingestellten Minimalsätze noch nicht für ausreichend und sind bereit, uns mit anderen Fraktionen über eine Erhöhung zu verständigen. Ich hoffe, daß wir zu dieser Verständigung gelangen, auf Grund eines gesunden nationalen Egoismus.

Hilpert (bayer. Bauernb.): Die mäßigen Zölle, die wir verlangen, werden das Brod nicht vertheuern. Wenn Sie uns die Versicherung geben, daß bei Aufhebung aller Getreidezölle alle Noth und alles Elend verschwinden wird, sind wir die ersten, die dafür stimmen. Von Raub und Plünderung der Massen kann keine Rede sein. Raub und Plünderung der Massen sind vielmehr die Folgen des Börsenspiels. (Sehr richtig! rechts.) Von der Landwirthschaft ist noch Niemand reich geworden. Wir hoffen, daß der Reichskanzler seinen Worten die That folgen lassen wird. (Beifall rechts.)

Schrempf (K.): Die Württembergische Kammer hat mit 63 gegen 26 Stimmen ihre Regierung aufgefordert, für erhöhte Getreidezölle einzutreten. Unter der Mehrheit waren auch eine Reihe Fraktionsgenossen des Herren Payer! Das ist die wirkliche Stimmung in Württemberg. Glauben Sie denn, daß die Bayern im Westen sich zu Gunsten der ostelbischen Großgrundbesitzer von dem Bund der Landwirthe fanatisiren lassen, wenn ihre Interessen nicht dieselben wären? Sie (nach links) machen es wie der Jude beim Gebet. Sie wenden sich nach Osten, weil sie glauben, nur dort sei Landwirthschaft. (Große Heiterkeit.) Die Bauern verlangen nichts als den Absatz ihrer Produkte. Den Hopfen können sie heute oft zum niedrigsten Preise nicht verkaufen. Wir sind nicht so hämisch, Feinde der Industrie zu sein; es war Mumpitz, als Herr Bebel in diesem Sinne gegen uns polemisirte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen die Rede eines anderen Abgeordneten nicht Mumpitz nennen. (Große Heiterkeit.)

Schrempf (fortfahrend): Ich habe nicht so an den Redner als an den Inhalt der Rede gedacht. (Heiterkeit.) Wir wünschen, daß der Fehler der Caprivischen Handelsverträge — die Verletzung der Parität zwischen Industrie und Landwirthschaft — korrigirt wird. Aus diesem Grunde stimmen wir Süddeutschen für die Vorlage als Grundlage für die Kommissionsberathungen. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Interpellation Dr. Arendt (RP.) betr. die Versorgung der Kriegsinvaliden. Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Anwachsen des Reichsschuld. Die verzinsliche Reichsschuld beträgt gegenwärtig **2695** 650 000 Mk. Die Regierung ist aber berechtigt, noch Anleihen aufzunehmen zur Ausgleichung der Bilanz für das Rechnungsjahr 1901 im Betrage von 109 843 858 Mk. Der neue Reichshaushalts-Etat für 1902 schließt einen Anleihebedarf in sich von 182 058 995 Mk. Die jetzt vorhandene verzinsliche Reichsschuld von 2696 Millionen Mark würde sich somit nach Realisirung dieser Kredite und Anleihen um weitere 292 Millionen Mark erhöhen und damit auf **rund 2988 Millionen Mark** anwachsen. Danach wäre also die dritte Milliarde verzinsliche Reichsschulden nahezu erreicht. Bei der Thronbesteigung Wilhelm's II. betrug die verzinsliche Reichsschuld nur 721 Mill. Mark. Sie hat sich also seitdem mehr als vervierfacht.

Der Zwischenruf des Grafen v. Arnim-Muskau hat, wie nach dem „Hannov. Cour." durch Umfrage bei den Abgeordneten festgestellt worden ist, thatsächlich gelautet: „Der Vater wird wohl alles versoffen haben." Im stenographischen Protokoll sei der Zwischenruf abgeändert worden. Wie der konservative fromme „Reichsbote" noch zu erzählen weiß, sei der Nachbar des Grafen Arnim, Graf Schwerin, erschreckt aufgesprungen, als das von dem „Reichsboten" als Brutalität bezeichnete Diktum dem Gehege der gräflichen Zähne entflohen sei. — Der Schreck ist begreiflich. Das Wort des Grafen Arnim wird nicht vergessen werden, so wenig wie das berühmte Junkerwort: „Ich habe noch keine verhungerte Lehrerwittwe gesehen."

Graf Arnim, dem bei der Erzählung von einem hungernden Kinde sofort ein versoffener Vater vor die phantasievolle Seele rückt, scheint sich schwer in das Elend hungernder Proletarier hineinversetzen zu können. Er besitzt, wie der „Vorwärts" konstatirt, in den Kreisen Rothenburg und Sagan die Standesherrschaft Muskau, die aus 18 Rittergütern besteht. Auch in der Provinz Brandenburg besitzt Graf Arnim noch ein Rittergut; im Ganzen verfügt dieser Herr über einen Grundbesitz von nahezu 33 000 Hektar. Daß es bei solchem Besitze schwer ist, überhaupt an das Vorkommen von Hunger zu glauben, mag sein; ist doch die Liebesgabe, die schon bei den gegenwärtigen „zu niedrigen" Getreidezöllen auf einen derartigen Besitz fällt, auf mindestens 43 000 Mark jährlich zu schätzen; bei einem Zoll von sieben Mark, wie ihn die Agrarier vom Bunde der Landwirthe mindestens wünschen, würde diese Liebesgabe auf über 80 000 Mark wachsen. Und das ist nur das Plus aus den Getreidezöllen! Die Liebesgabe aus den Waldungen bleibt dabei außer Ansatz. Die Löhne aber auf den Besitzungen dieses sog. „Nothleidenden" bewegen sich zwischen 1,20 Mk. für männliche und 65 Pfennige für weibliche Arbeiter. Die jugendlichen Arbeiter erreichen natürlich diese „hohen" Stufen noch lange nicht. Sollten die Leute hier aus Verzweiflung dem Schnapsgenuß so vielfältig obliegen, daß Graf Arnim sich eine arme Familie ohne einen Vater, der Alles vertrinkt, nicht vorstellen kann?

Kleine politische Nachrichten. Die Zentrumspartei im Wahlkreise Wiesbaden hat beschlossen, bei der bevorstehenden Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten Dr. Crüger einzutreten. — Die 4. Abtheilung des Reichstags hat die Wahl des Abg Dr. Beumer (6. Düsseldorf, Mülheim-Duisburg) für giltig erklärt. — Wie die „Breslauer Zeitung" erfahren haben will, ist jetzt eine neue kaiserliche Kundgebung über das Duellwesen an die Offiziere ergangen. — Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Münchener Allg Ztg." mitgetheilt, daß die konservative Fraktion des Reichstages in Kenntniß gesetzt worden sei, daß die bayerische Regierung eine weitere Erhöhung der Getreidezölle, als sie der neue Tarif vorsieht, unter keinen Umständen zulassen werde. — Die Vorgänge bei der Schuckert-Gesellschaft in Nürnberg brachte der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Frhr. v. Haller am Freitag in der bayerischen Kammer zur Sprache. Er beschuldigte den Vorstand und den Aufsichtsrath des Verstoßes gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzes und forderte das Einschreiten des Staatsanwalts gegen Vorstand und Aufsichtsrath. Die Justiz dürfe nicht Halt machen vor den Thüren der Reichen, auch nicht, wenn Reichsräthe der Krone Bayern dabei betheiligt sind. Der Präsident ertheilte dem Abg. v. Haller einen Ordnungsruf wegen seiner Angriffe auf ein Mitglied der Reichsrathskammer. — Bei der Gemeinderathswahl in Stuttgart siegte die volksparteilich-sozialdemokratische Liste bis auf einen Namen. Gewählt wurden vier Volksparteiler, drei Sozialdemokraten und ein Deutschparteiler. — Ein Pistolenduell hat Mitte Oktober zwischen dem Oberleutnant v. Schilgen und dem Leutnant v. Raumer vom 26. Infanterie-Regiment in Verden a. d. Aller stattgefunden. Es verlief bei dreimaligem Kugelwechsel unblutig. Beide Offiziere wurden nach der „Voss. Ztg." vom Kriegsgericht zu je 3 Monaten Festung verurtheilt. — Vom 30 November bis 7. Dezember sind im Stadt- und Landkreise Gelsenkirchen fünf Typhuskranke gestorben, 180 sind als genesen entlassen. Der gegenwärtige Bestand der Kranken ist 455. — Infolge einer Gasexplosion im Kohlenbergwerk Petrilla (Ungarn), welche durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters verursacht wurde, sind 18 Bergleute verunglückt; drei blieben sofort todt, acht liegen im Sterben, die übrigen sind leichter verletzt. — Wie aus Sofia gemeldet wird, wurde Sonnabend Nacht Stambulows Mörder Hain verhaftet, der, mit zwei Revolvern bewaffnet, der Polizei starken Widerstand geleistet hatte. Eine Revision des Mordprozesses stehe in Aussicht. — Die Skandale in Neapel erneuern sich. Der Justizminister stellte, einer Meldung der „Frankf. Ztg." zufolge, fünf Räthe des Appellhofes in Neapel zur Disposition. Näheres ist noch unbekannt. — Der sozialistische Abgeordnete Berenini brachte in der italienischen Kammer einen Gesetzentwurf über die Ehescheidung ein. Der Justizminister erklärte sich platonisch für das Projekt, worauf die Kammer beschloß, es in Erwägung zu ziehen. — Die italienischen Missionare in China erhielten eine Entschädigung von 17 Millionen Lire zugebilligt. Heißt 'n Geschäft. — In Englisch-Guinea stieß, wie aus Boany gemeldet wird, eine der vier britischen Truppen-Abtheilungen, die mit einer Expedition gegen die mächtigen Aro-Stämme beauftragt sind, am 2. dieses Monats auf entschiedenen Widerstand. Die Verluste der Engländer betrugen 17 Mann, unter denen sich auch ein Hauptmann befindet, der verwundet wurde. — Die merkwürdige Verhaftung in Philadelphia, die wir kürzlich erwähnten, hat genau den provbezeiten Ausgang genommen. Der Magistrat setzte den Schweden Müller, welcher die bekannten Worte ausgerufen, Roosevelt müsse ebenso sterben wie Mac Kinley, in Freiheit, indem er anerkennt, daß das bloße Aussprechen dieser Worte noch kein Verbrechen sei. Das Anarchistenfieber, welches seit Mac Kinley's schändlicher Ermordung die amerikanischen Begriffe von Redefreiheit zu trüben schien, ist also von dem gesunden Sinn demokratischer Weltanschauung überwunden worden. — Eine Depesche aus Rio de Janeiro meldet, daß in Brasilien eine neue weitverzweigte monarchische Verschwörung entdeckt worden ist, an deren Spitze ein Marineleutnant Namens Vinhaes und ein hochgestellter Beamter stehen. Mehrere Verschwörer sind bereits verhaftet und große Waffen- und Munitionsvorräthe konfiszirt worden. — Meldungen aus Wladiwostok zufolge fand ein neuer Zusammenstoß zwischen russischen Truppen und Schungusen statt. Das 6. ostsibirische Schützenregiment griff am 27. November im Charbalingebirge (südlich von Ninguta) zwei vereinigte Schungusenbanden an; bei dem sehr blutigen Gefecht fiel ein Führer, der andere wurde verwundet und gefangen genommen. Die Schungusen, die über 500 Mann stark waren, flohen in das Charbalingebirge und warfen die Waffen weg. Die Verluste der Russen sind gering.

Oesterreich-Ungarn.

Ein eigenthümlicher Vorfall ereignete sich Freitag zu Beginn der Sitzung des österreichischen Reichsraths. Der „Hamb. Corr." meldet darüber: Der Präsident theilte mit, der alldeutsche Abgeordnete Herzog habe sein Mandat niedergelegt. Im selben Augenblick erschien Herzog im Saal und protestirte gegen die Mittheilung des Präsidenten, der das Original einer angeblichen Zuschrift Herzog's aus dem Bureau holen ließ, worauf Herzog das Schriftstück als eine Fälschung und Mystifikation bezeichnete.

Der Gemeinderath in Krakau spendete 1000 Kr. für die Gnesener Verurtheilten. Der Antrag des Gemeinderathes Chmurski, die Stadt Krakau solle künftig für Gemeindezwecke keine Erzeugnisse preußischer Firmen beziehen, wurde einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen.

Norwegen.

Bei der Kommunalwahl in Bergen, die in der vorigen Woche stattfand, wurden 2091 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Bei der vorigen Kommunalwahl waren es nur 364, die Stimmenzahl unserer Partei hat sich also hier nahezu versechsfacht, ihre Vertreterzahl im Stadtparlament wächst damit von 6 auf 16. Dagegen verminderte sich die Zahl der liberalen Stadtverordneten von 32 auf 19, die konservativen erhalten 29 Sitze, statt wie bisher 28. Die Wahlbetheiligung seitens der Frauen war sehr lebhaft, 6 Frauen wurden gewählt. — Auch in einer Anzahl kleinerer Städte, wo bis jetzt die Wahlen vorgenommen wurden, haben die Frauen sich eifrig betheiligt und die Sozialdemokratie Fortschritte zu verzeichnen.

Oeffentliche Kriegsgerichts-Verhandlung. Im vorigen Jahre beschloß der norwegische Reichstag die Einführung einer neuen militärischen Strafprozeßordnung, wodurch die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens festgelegt wurde. Der Gerichtshof besteht nach dem neuen Gesetz aus einem Kriegsrichter, der Jurist sein muß, und 5 militärischen Richtern. Ein Offizier fungirt als Ankläger und ein Jurist als Vertheidiger. Anfang voriger Woche fand die erste Kriegsgerichts-Verhandlung nach den neuen Vorschriften statt. Es handelte sich um einen Kavalleristen, der sich aus religiösen Gründen — als „Adventist vom siebenten Tage" — geweigert hatte, Dienst zu thun, und dafür vom General zu 10 Tagen Arrest verurtheilt worden war, sich aber geweigert hatte, die Strafe zu verbüßen. Er wurde vom Gericht zu der gleichen Strafe verurtheilt, erklärte aber, an das höchste Gericht appelliren zu wollen. Wie man sieht, ist es mit der militärischen Rechtspflege in dem kleinen Norwegen bedeutend bestellt als bei uns.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Nach einer Meldung des „Standard" aus Pretoria vom 5. Dezember beginnen die Buren, wie verschiedene Anzeichen verrathen, mit der Wiederaufnahme ihrer Thätigkeit. Mehrere Kommandos tauchten im Oranjefreistaat wieder auf, darunter ein großes Kommando, das anscheinend von Dewet befehligt wird. Viljoen steht mit 400 Mann nördlich von Belfast an der Delagoabahn und wartet die Ereignisse ab. Beyers zieht sich nach dem Süden auf Sandriverpoort zu, augenscheinlich in der Absicht, sich westlich von Warmbad mit Badenhorst zu vereinigen. — Der „Morning Post" wird aus Brüssel gemeldet: Präsident Krüger empfing am Donnerstag einen Bericht von Botha, demzufolge die in Transvaal und im Oranjefreistaat im Felde stehenden Buren 16000 Mann zählen, während dreizehn Kommandos im Kaplande sind. — New Yorker Telegramme besagen, daß die britische Regierung im Westen der Unionstaaten große Massen an Pferden und Maulesln für Südafrika aufkaufen lasse. Von New Orleans gehen demnächst acht Dampfer mit 15 000 Thieren ab. Daraus wird gefolgert, daß das Ende des Krieges entfernter ist als die britische Regierung einzuräumen geneigt ist. — Von Fiume ist wieder ein englischer Dampfer mit 750 Pferden nach Südafrika abgegangen. Der Gesammt-Transport aus Fiume allein wird bisher auf 23 304 Pferde berechnet. — Auch der „Vorwärts" ist, wie die „Köln Ztg." und „Nat.-Ztg", in Südafrika von der englischen Zensur verboten worden.

Große Beunruhigung herrscht in der Stadt Johannesburg. Mehrere Buren-Kommandos, wahrscheinlich unter Delarey, bedrohen die Außenlinien der Stadt und die Stadt selbst. Die Militärbehörde erließ deshalb für die Truppen und Zivilisten verschiedene Instruktionen, die an allen Ecken der Stadt angeschlagen wurden, für den Fall eines Burenangriffs.

Aus Pretoria wird unterm 6. d. Mts. gemeldet, daß sich die Todesziffer in den Konzentrationslagern in der letzten Zeit wieder ganz besonders gesteigert gesteigert habe, was den starken Regengüssen in den letzten Wochen zugeschrieben wird. Die Militärbehörde beabsichtigt infolgedessen, und da der Feindseligkeiten wegen die Konzentrationslager nicht sicher genug zu sein scheinen, eine gänzliche Aenderung des Systems der Konzentration. Es ist gleichzeitig vorgesehen, daß auch die Nichtkombattanten geeignete Unterkunft und Schutz finden.

Amerika.

Zum Verkaufe der dänischen Antillen. Im Repräsentantenhause brachte Gardner-New-Jersey einen Antrag ein, der bezweckt, die Regierung zum Ankauf von Dänisch-Westindien zu ermächtigen und hierfür einen Kostenanschlag aufzustellen, der vier Millionen Dollars nicht überschreiten dürfe.

Auf den Philippinen hat sich die Lage für die Yankees bisher noch nicht gebessert. General Chaffee dringt vielmehr auf, daß keine amerikanischen Truppen vor dem 1. Januar 1903 von den Philippinen zurückgezogen werden, da in Anbetracht der Lage der Dinge auf den Philippinen eine Verminderung seiner Streitkräfte nicht zu rechtfertigen wäre.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 9. Dezember

Einen schlechten Scherz erlaubt sich das Amtsblatt, indem es behauptet, je mehr wir schimpfen, desto mehr befände sich das Blatt mit seinen Anschauungen auf dem richtigen Wege. Es erweckt nach diesen Zeilen fast den Anschein, als ob das Amtsblatt auch eigene Anschauungen hätte. Es ist jedoch eine bekannte Thatsache, daß das hiesige nationalliberale Organ seinen Mantel nach dem Winde hängt und nicht davor zurückscheut, vor der konservativen Partei einen Kotau zu machen, wie die Erfahrung bereits gelehrt hat. Angesichts dieses Umstandes nimmt es sich sonderbar aus, wenn das Amtsblatt von „seinen Anschauungen" spricht.

Das Kriegsgericht beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung zunächst mit der Degradation der beiden Reserveunteroffiziere Vick und Mertens, welche sich in ihrem Zivilleben eines Diebstahls schuldig gemacht hatten. — Sodann hatte sich der Gefreite Green wegen Soldatenmißhandlung zu verantworten. Bekanntlich wurde kürzlich im Stadtgraben die Leiche des Musketiers Meibohm aufgefunden. Bei den näheren Nachforschungen stellte sich nun heraus, daß der Angeklagte Green den Meibohm am 8. November einige Ohrfeigen und Stöße vor die Brust versetzt hatte. Die Ursache dieser Mißhandlung war, daß M. eine ihm in der Putzstunde von Green bezüglich des Gewehres gegebene Erklärung nicht wiederholen konnte. Deshalb sah sich also der „hoffnungsvolle" Gefreite veranlaßt, den M. zu schlagen. Am Morgen des nächsten Tages entfernte sich M. von der Kaserne; er war nur mit Hausschuhen und Drillichanzug bekleidet. Sein Ziel war der Stadtgraben, wo er seinem Leben ein Ende machte. Der Angeklagte gab zu, M. geschlagen zu haben; von sämmtlichen Zeugen wurde bestätigt, daß M. ein in sich gekehrter, verschlossener Mensch gewesen ist. Wie nicht anders zu erwarten, waren sie alle der Meinung, daß der Selbstmord des M. nicht in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Mißhandlung steht. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte gegen den Angeklagten 3 Wochen Mittelarrest; nach seiner Ansicht hat M. das Militärleben satt gehabt und ist durch die Mißhandlung in dem Entschlusse, sich das Leben zu nehmen, bestärkt worden. Das Gericht erkannte auf 2 Wochen Mittelarrest (!!); in der Begründung wurde ausgeführt, es sei festgestellt, daß der Tod nicht in ursächlichem Zusammenhang mit den Vorgängen am 8. November stände. M. sei schwermüthig gewesen und dieses habe ihn wohl in den Tod getrieben. — Was mag wohl den Schwermuth des M. veranlaßt haben? Ob es die Lust und Liebe zur Ferienkolonie gewesen ist? — Interessant bei der Sache ist, daß die Mißhandlungen erst durch den Tod des M. ans Tageslicht gekommen sind. Dieser Umstand berechtigt wohl zu der Frage: Sind noch mehr derartige Mißhandlungen in unseren Kasernen zu verzeichnen?

Ein Unfall, der leicht schlimmere Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich am Sonnabend Morgen auf der Koch'schen Schiffswerft. Infolge Brechens

einer 4 Meter hohen Stellage stürzten drei an dem Memeler Bagger beschäftigte Arbeiter herab. Zum Glück erlitt nur einer der Arbeiter geringe Hautabschürfungen. — Worauf ist das Zusammenbrechen der Stellage zurückzuführen? Auf Dauerhaftigkeit und Güte des Materials läßt dieser Unfall gerade nicht schließen.

Eine Rohheit sondergleichen wurde Freitag Abend gegen 10 Uhr auf dem Markte verübt; dort strich ein in mittlerem Alter stehender Mann einer mit Packeten beladenen, ruhig ihres Weges gehenden Frau Koth ins Gesicht. Die Frau war durch den plötzlichen Ueberfall so bestürzt, daß sie nicht um Hülfe rief. So gelang es dem rohen Patron, unbehelligt zu entwischen. Hoffentlich gelingt es, desselben wieder habhaft zu werden.

Unfall auf dem Elbe-Trave-Kanal. Am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr wurde auf dem Elbe-Trave-Canal ein Vering'scher Schleppdampfer von einer von ihm geschleppten Schute angerannt. Infolge dieses Zusammenstoßes sank der Dampfer. Hierbei ertrank der Maschinist des erwähnten Schleppdampfers.

Das Gala-Saalfest des hiesigen Arbeiter-Radfahrer-Vereins am gestrigen Sonntag hatte sich eines außerordentlich starken Besuches zu erfreuen. Saal und Gallerien waren bis auf den letzten Platz besetzt. Das Programm war außerordentlich gut zusammengesetzt. Das Fest begann mit einem von Mitgliedern des Vereins ausgeführten Eröffnungsfahren, das gleich dem darauf folgenden Reigenfahren tadellos zur Darstellung gelangte. Stürmische Heiterkeit verursachte das Auftreten des Herrn Dietzel aus Altona als Lattenfritze. Der Darsteller zeigte uns bei dieser Nummer, als auch bei dem in Gemeinschaft mit seiner Frau und seinem sechsjährigen Sohn veranstalteten Kunstfahren, wie der Mensch sich des Rades in den verschiedensten Formen bedienen kann. Die Kunstproduktionen der Familie Dietzel waren ausgezeichnete und wurden auch von den Erschienenen mit geradezu stürmischem Beifall belohnt. Den Schluß des Programms bildete ein von Mitgliedern in exakter Weise zur Aufführung gebrachter Radfahrer-Zirkus, in dem wir Karrikaturen von Bismarck bis herab zum Schusterjungen begegneten. Das Publikum kargte auch hier nicht mit seinem Beifall. Ein Ball hielt dann die Festtheilnehmer bis zum frühen Morgen zusammen.

Zusammenstellung der Einnahmen an Staats-Steuern und Abgaben im Monat November 1901. Es gingen ein an: Einkommensteuer 377 342,50 Mk., Erbschaftssteuer 7 449,73 Mk., Veräußerungsabgabe 16 937,05 Mark, Stempelabgaben 7 511,70 Mark, Schiffsabgaben 34 761,08 Mk., zusammen 444 002,06 Mk. gegen 428 485,30 Mark im gleichen Monat des Vorjahres; es ist demnach ein Mehr von 15 516,76 Mk. zu verzeichnen. Vom 1. April bis Ende November 1901 betrugen die Einnahmen 1891190,67 Mark gegen 1 924 387,46 Mark, mithin 33 196,79 Mark weniger.

Die nächste Versammlung der Bürgerschaft findet am 16. Dezember, 10 Uhr, im Bürgerschaftssaale statt.

Strafkammer. Drei Stunden nahm am Sonnabend die Verhandlung gegen die Ehefrau B. in Anspruch. Es handelte sich um eine Lappalie, die kaum der Rede werth ist. Die Angeklagte war am 29. Oktober vom Schöffengericht wegen Sachbeschädigung zu 10 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, wogegen sie Berufung eingelegt hatte. Die Sachbeschädigung wurde darin erblickt, daß die Angeklagte, die mit den Eheleuten B—g in einem Hause wohnt, aus Chikane auf die Treppe der Letzteren absichtlich einen Haufen Kies hingeworfen haben sollte. Die Eheleute B—g schlußfolgern aus einem Umstande, der sich ganz zufällig ereignet haben kann, daß Angeklagte die Thäterin ist. Letztere bestreitet jedoch die Thäterschaft. Verschiedene Zeugenaussagen gehen dahin, daß das Hinwerfen des Haufens nahezu unmöglich sei. Nach Vernehmung von sieben Zeugen beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung der Angeklagten. Das Gericht beschloß jedoch, das Urtheil erst in 8 Tagen zu verkünden. (Es ist geradezu haarsträubend, daß eine solche Lappalie das Gericht beschäftigt und noch dazu volle drei Stunden. Wir denken, daß seitens der Staatsanwaltschaft in solchen Fällen, die, wie dieser, manchmal recht zweifelhaft liegen, von der Erhebung einer Anklage Abstand genommen werden müßte. Wahrscheinlich wird in diesem Falle Freisprechung erfolgen; wer hat dann die ganz erheblichen Kosten zu bezahlen? Die Staatskasse, mit anderen Worten: die Steuerzahler. Schon aus diesem Grunde erscheint es dringend geboten, mit der Erhebung von Anklagen etwas vorsichtiger zu Werke zu gehen! D. Red.) — Die Beilegung eines falschen Namens brachte dem jugendlichen Schlachtergesellen J. wegen intellektueller Urkundenfälschung 2 Wochen Gefängniß ein. Der Angeklagte, der bereits wegen Unterschlagung mit 14 Tagen Gefängniß bedingt bestraft ist, hatte eine auf den Namen Wilckens lautende Invalidenkarte gefunden und sich bei verschiedenen Behörden dieses Namens bedient, so u. A. auch bei der hiesigen Amtsanwaltschaft und der Gefängnißverwaltung. Unter diesem Namen sind denn auch die Eintragungen gemacht worden.

Im Verein für Gesundheitspflege spricht morgen, Dienstag Abend, Herr Dr. Schlüter über „Das Ohr und seine Erkrankungen." Es bedarf wohl lediglich dieses Hinweises, um die Mitglieder zu zahlreichem Erscheinen zu veranlassen.

Ein kleines Schadenfeuer kam am Sonnabend Nachmittag gegen 3 Uhr in dem Eiskeller der Fischhandlung von Jäger in der Fischstraße zum Ausbruch; dort war das Stroh in Brand gerathen. Der schnell herbeigeeilten Feuerwehr gelang es, mit der Gasspritze und einem Hydranten in kurzer Zeit des Feuers Herr zu werden.

pb. **Portemonnaie-Marder.** Die Ehefrau eines Tischlers brachte zur Anzeige, daß ihr am Sonnabend Abend, während sie in einem Geschäft in der Johannisstraße Einkäufe machte, ihr Portemonnaie mit etwa 6 Mk. abhanden gekommen und wahrscheinlich von einem Taschendiebe gestohlen sei.

pb **Festgenommen** wurden am gestrigen Tage 2 Personen wegen Bettelns und 1 Trunkener.

Stockelsdorf. Als Vorortspersonen für das Fürstenthum Lübeck wurden die Genossen H. Rönnfeldt, F. Evers und E. Gerhardt wiedergewählt. Geldsendungen sind an Ersteren, Briefsendungen an Letzteren zu richten. Eine neue Kirche erhält Stockelsdorf im nächsten Jahre; die von allen Gemeindeangehörigen, ohne Rücksicht auf ihre religiösen Anschauungen, aufzubringenden Herstellungskosten belaufen sich auf ca. 70 000 Mk. — Der Stockelsdorfer Schulanbau ist soweit fertiggestellt, daß am Freitag die Richtfeier stattfinden konnte. Der Richtschmaus soll dem Unternehmer für die 30 Arbeiter zwanzig Mark gekostet haben; eine kolossale Summe! — Eine Jugendabtheilung des hiesigen Arbeiter-Turnvereins ist am 1. Dezember errichtet worden; es traten sofort 15 Knaben über 10 Jahren bei. Es steht zu hoffen, daß die Betheiligung eine noch größere wird, da der Eintrittspreis 15 Pfg. und der Monatsbeitrag nur 10 Pfg. beträgt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde am Sonnabend von der Strafkammer in Geestemünde nach mehr als 1½stündiger Verhandlung der Redakteur Genosse Dittmann, der die Polizeiverwaltung in Geestemünde durch einen am 7. Oktober d. Js. in der „Nordd. Volksstimme" veröffentlichten Artikel über die zu der Zeit erfolgten Bausistirungen beleidigt haben soll.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der geheimnißvolle Messerstecher in Kiel war Freitag Abend wieder thätig. Als ein Dienstmädchen in den nahe dem Schloßthor befindlichen Briefkasten einen Brief werfen wollte, wurde es von einem unbekannten Mann in den Oberarm gestochen. Auch diesmal gelang es dem Verbrecher zu entkommen. — In Hamburg gerieth ein junges Mädchen mit der Hand unter ein Hackmesser, wobei ihr das Endglied des Zeigefingers von einem Gesellen abgehackt wurde. — Aus Hamburg wird berichtet: Nach einer Meldung aus Stolzenau ist ein Fischerboot auf der Weser von einem Schleppdampfer überrannt worden. Die Bootsinsassen, der Schiffer Niemann nebst zwei Söhnen, ertranken. — Ein junges Mädchen in Altona litt an einer Zahnfistel; sie begab sich aber erst zum Arzt, als es bereits zu spät und Blutvergiftung eingetreten war. Am Donnerstag ist sie verstorben. — Wegen fortgesetzter Mißhandlung ihr anvertrauter Kinder wurde in Altona kürzlich eine Haushälterin zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Das Kriegsgericht in Verden a. Aller verurtheilte einen Oberleutnant und einen Leutnant wegen eines unblutig verlaufenen Pistolen-Duells zu je 2 Monaten Festungshaft. Werden die sich auf den Urlaub freuen. Auf Festungen soll es bekanntlich recht fidel zugehen. — Die Strafkammer in Verden a. Aller verurtheilte die Haustochter Kahle, welche im September ihrem erkrankten Vater aus Versehen statt Medizin Salmiakgeist verabfolgt hatte, sodaß der Greis nach einigen Stunden seinen Geist aufgab, zu 2 Tagen Gefängniß.

Schönberg. Die Petersberger Hauswirthe Anarchisten? Unter großem Andrange des Publikums wurde vor der Strafkammer die Sache der Petersberger Hauswirthe in betreff der neuen Feuerlöschordnung verhandelt. Weil die Petersberger nicht zu einer vom Brandmeister in Lockwisch angesetzten Uebung erschienen waren, hatte man sie in eine Ordnungsstrafe von 30 Mk. genommen, die auch im letzten Schöffentermin bestätigt war. Hiergegen hatten sie nun Berufung eingelegt und den Rechtsanwalt Dr. Herzfeld aus Berlin, Reichstagsabgeordneter für Rostock und Doberan, zu ihrem Vertheidiger angenommen. Dieser wies in längerer Rede nach, daß der Landesherr nicht befugt sei, ein Gesetz wie die neue Feuerlöschordnung ohne die Zustimmung der Landesvertretung zu erlassen. Daß die Petersberger den Anordnungen des Brandmeisters nicht gefolgt wären, sei nicht als grobe Widersetzlichkeit, sondern vielmehr als Wahrung ihrer Rechte anzusehen. Sie verdienten daher eher Lob als Strafe. Demgegenüber betonte der Erste Staatsanwalt, daß die Bewohner des Fürstenthums der Wohlthat, die ihnen der Landesherr durch die Verfassung habe erweisen wollen, durch das Nichterscheinen der Abgeordneten verlustig gingen. Wenn nun durch die Schuld der letzteren (?) kein Zusammengehen des Fürsten mit dem Lande möglich sei, so müßten Gesetze vom Landesherrn allein erlassen werden. Wolle man sich dem nicht fügen, so würden anarchische Zustände geschaffen. Wer sich den Gesetzen des Landesherrn widersetze, müsse hart bestraft werden. Die Strafkammer verwarf die Berufung der Petersberger Hauswirthe und verurtheilte sie zur Tragung der Kosten. Wahrscheinlich wird auch diese Sache bis zum Reichsgericht durchgefochten.

Wismar. Die Bürgerausschußwahl am Sonnabend hat der bürgerlichen Gesellschaft eine schwere Niederlage und uns einen schönen Sieg gebracht. Im 2. Bezirk wurden von den Wählern der dritten Klasse im ganzen 213 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Arbeiter Saß 153 Stimmen, auf den Maler Grüder 55 Stimmen; 3 Stimmen zersplitterten sich und 2 wurden für ungültig erklärt. — Nachdem nunmehr die diesjährigen Wahlen zum Bürgerausschuß in der 3. Wählerklasse beendet sind, ist das Ergebniß, daß die Sozialdemokraten fortan über 13 Vertreter im Stadtparlament verfügen. Ein schöner Erfolg!

Güstrow. Schwurgericht. Der Arbeiter Albert Dinse zu Rostock ist beschuldigt, am 2. Oktober 1900 vor dem Amtsgericht zu Rostock in einer Alimentationsklage gegen ihn den ihm zugeschobenen Eid, er sei nicht der Vater des Kindes der Oertwitz, wissentlich falsch geschworen zu haben. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Staatskasse mit den Kosten belastet. — Der Schlachter Ernst Gehrke aus Bützow hat seiner Mutter trotz deren Sträuben Geld, das sie bei sich trug, geraubt. Der Angeklagte ist der That geständig, will jedoch etwas angetrunken gewesen sein. Der Angeklagte wurde in eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten und zum Ehrverlust auf 5 Jahre verurtheilt. — Die Schnitterin Magdalene Lewandowska, 29 Jahre alt, hat aus Verzweiflung und Noth ihr uneheliches Kind, wie s. Z. auch von uns berichtet wurde, am 18. August bei Poel in der Ostsee ertränkt, später die Leiche aus dem Wasser geholt und dieselbe dann im Forst verscharrt. Da die Geschworenen die Frage nach Ueberlegung verneinten, wurde die Angeklagte wegen Kindestödtung zu zehn Jahren Zuchthaus (!!) verurtheilt.

Hamburg. Ein sonderbarer Straferschwerungsgrund. Der Musketier R. von der dritten Kompagnie des in Neumünster garnisonirenden Infanterie-Regiments Nr. 163 kam am 7. Oktober d. Js., d. h. noch ehe er zum Militär eingetreten war, in eine Wirthschaft am Groß-Neumarkt. Dort traf er mit seinem Vater zusammen und kneipte mit ihm. Unter der Wirkung des Alkohols geriethen dann die Beiden mit andern Gästen in Streit. Der Wirth ließ einen Schutzmann holen und Vater und Sohn R. verhaften. Der alte R. ging ruhig mit zur Wache, dagegen wehrte sich der Sohn R. in ärgster Weise. Er griff die Schutzleute thätlich an, warf sich zu Boden und konnte nur mit Hülfe von Zivilpersonen an die Wache gebracht werden. Wegen dieses Vorfalles hatte R. sich nun vor dem Kriegsgericht der 17. Division zu verantworten. Er entschuldigte sich damit, daß er sinnlos betrunken gewesen sei. Die Schutzleute wollen „sinnlose" Trunkenheit nicht bemerkt haben, und der Vertreter der Anklage beantragte deshalb die Verurtheilung des Angeklagten. Er führte dazu aus: Eine sechswöchentliche Gefängnißstrafe werde beim Militär noch in die Dienstzeit hineingerechnet, es wäre deshalb angebracht gewesen, den Angeklagten in eine höhere Strafe zu nehmen. Er wolle trotzdem aber noch einmal sechs Wochen Gefängniß beantragen. Das Kriegsgericht erkennt, entgegen diesem Antrage, jedoch auf eine Gefängnißstrafe von 7 Wochen und eine Haftstrafe von 3 Tagen.

Altona. Brodneid, Arbeitersekretär und Rechtsanwalt. Während die verschiedensten Behörden die wohlthätige Einrichtung des Arbeitersekretariats zur Wahrung resp. Verfolgung der Rechtsansprüche Unbemittelter anerkennen oder doch dem Institut keine Schwierigkeiten machen, scheinen einige Herren Rechtsanwälte anderer Ansicht zu sein; wenigstens hat in einem Prozeß, in welchem Arbeitersekretär Müller für eine wegen einer Forderung angeklagte Frau, die hochgradig nervös ist und der vom Arzt jede Aufregung untersagt wurde, auf dringende Bitte derselben die Vertretung übernommen hatte, der Prozeßbevollmächtigte der Gegenpartei beantragt, den Arbeitersekretär Müller nicht zuzulassen. Wir würden darüber kein Wort weiter verlieren, wenn der Antrag nicht in einer Weise motivirt gewesen wäre, die der Angelegenheit einen recht verletzenden Beigeschmack gegeben. Rechtsanwalt Hach begründete den Antrag damit, daß der Prozeßbevollmächtigte Müller bezahlt werde und dafür seine Thätigkeit als „Rechtskonsulent" entfalte; ihm, dem Anwalt selbst, wären schon in zivilrechtlichen Sachen Schriftstücke vom Arbeitersekretariat zugestellt worden, die von Müller als Vorsteher des Instituts unterzeichnet worden wären. Diese Ausführungen klingen in dem Munde eines Rechtsanwalts eigentümlich, um so eigenthümlicher, als der gelehrte Herr doch wissen mußte, daß ein Antrag der Gegenpartei, einen Prozeßbevollmächtigten auszuschließen, gar nicht zulässig ist, vielmehr diese Entscheidung ein ausschließliches Vorrecht des Richters ist und auch demgemäß dem Gegner eine Beschwerde gegen die Verfügung des Richters nicht zusteht. Uebrigens war der Liebe Müh' umsonst, das Amtsgericht hat die Zulassung des Arbeitersekretärs Müller, als Prozeßbevollmächtigter in dieser Sache auftreten zu können, verfügt.

Bremerhaven. Rettung aus Seenoth. Der Norddeutsche Lloyddampfer „Frankfurt", welcher am 21. November Baltimore verlassen hat und am Donnerstag auf der Weser eintraf, berichtet, daß er in der Nacht vom 23. zum 24. November die aus 7 Personen bestehende Besatzung des amerikanischen Küstenschooners „W. H. Card" an Bord genommen habe. Letzterer befand sich in sinkendem Zustande. Sämmtliche Segel waren zerrissen und die Masten los. Nach der Aussage des Kapitäns des sinkenden Schiffes sei letzteres nicht mehr im Stande gewesen, sich noch lange über Wasser zu halten.

Lübecker Stadttheater.

Das Rheingold, Vorspiel zu der Trilogie „Der Ring des Nibelungen" von R. Wagner. Eine ähnliche Rolle wie der „Faust" im Leben Goethe's spielen die Nibelungen im Leben R. Wagners. Nahezu ein ganzes Menschenalter haben die beiden Koryphäen dazu gebraucht, bis sie unter ihre Monumentalwerke den Schlußstrich setzen konnten. Während man aber beim „Faust" der Entstehungsgeschichte deutlich nachgehen kann, erscheint Wagner's „Ring des Nibelungen" wie aus einem Guß. Diese Stilreinheit des Nibelungenringes ist aus zweierlei Gründen leicht erklärlich: zunächst einmal hat Wagner das Textbuch zu der Tetralogie, zu dem viertheiligen Stück, in verhältnißmäßig recht kurzer Zeit vollendet; bereits 1853 lag es in der Gestalt vor, in der wir es heute besitzen. Des weiteren aber halten die Leitmotive, welche sich durch die ganze Tetralogie ziehen, den „Ring" wie mit einem eisernen Reif zusammen. Nur eine sehr scharfe und feine musikalische Beobachtung wäre im Stande, aus der Beschaffenheit der einzelnen Partieen die Zeit ihrer Entstehung zu bestimmen; nur einer solchen würde es auch gelingen, den Nachweis zu führen, daß das „unendlich" dahinströmende „Rheingold" und die leidenschaftlich durchwühlte „Walküre" dem „Tristan und Isolde"-Jahrzehnt, und daß der melodiöse „Siegfried" der Meistersinger-Epoche angehören. Für Lübeck ist der „Ring" nichts Neues mehr. Schon unter der Direktion Erdmann-Jesnitzers ist er dem Repertoire unserer Bühne eingefügt worden. Der Reiz der Neuheit fehlt also den jetzigen Aufführungen, aber trotz alledem: wer hörte nicht immer wieder gern eine gute Oper? Für ein Provinztheater wie das unserige ist es — und wird es noch auf lange Zeit bleiben — stets eine ungemein schwierige Aufgabe, eine einigermaßen sehenswürdige Aufführung des Ringes zu bieten; um so mehr ist anzuerkennen, daß der Anfang mit dem „Rheingold" am Freitag vielverheißend war. Unter den Mitwirkenden sind an erster Stelle die Vertreter der beiden Nibelungen, Alberich und Mime, zu nennen: Adolf Ziegler und Charles Albany. Beide, die bisher im Laufe der Saison weniger hervorgetreten waren, boten so viel des Guten, daß die Kritik sich über ihre Leistungen nur in der rühmlichsten Weise aussprechen kann; besonders Charles Albany gab seinen Mime ganz hervorragend gut. Den Jammergott Wotan, der von Wagner selbst in der Zeichnung recht stiefmütterlich bedacht ist, sang Franz Frank, der nicht allzuviel damit anzufangen wußte und infolgedessen weniger interessiren konnte; offenbar lag ihm die Rolle nicht. Die überaus schwierige Rolle des Feuergottes Loge lag in den Händen Otto Engel's. Vergleiche mit Vertretern dieser Rolle bei früheren Aufführungen am hiesigen Orte liegen nahe, doch sind sie zwecklos, weil sie zu nichts führen. Engel war redlich bemüht, seiner Aufgabe gerecht zu werden, doch konnte er sie nicht völlig auskosten. Donner und Froh waren durch Joseph Rauschal und Willy Saville angemessen besetzt. Marie Held bot als Fricka recht Tüchtiges, während Elsa Gock ihre Freia gar zu schüchtern gab. Die Riesen Fasolt und Fasner wurden durch August Schott und Dr. L. Wendt dargestellt. Während Wagner diese beiden Gestalten musikalisch sehr scharf gezeichnet hat, ließ die Darstellung durch die beiden genannten Sänger manches zu wünschen übrig. Sehr lieblich klang das Terzett der Rheintöchter, das von den Damen Nowa, Willschauer und Landau gesungen wurde. Die künstlerisch befriedigende Ausführung fand in Herrn Kapellmeister Balling, der seine Aufgabe nach allen Seiten beherrschte, eine umsichtige Leitung. Die szenischen Schwierigkeiten waren seitens der Regie glänzend überwunden worden, sodaß alles ganz vorzüglich klappte. Das gutbesetzte Haus zögerte denn auch nicht, durch starken Beifall alle ausführenden Personen lebhaft auszuzeichnen.

-o-

Kabale und Liebe von Fr. v. Schiller. Die große Mühe und den gleichen Fleiß der früheren klassischen Vorstellungen in dieser Saison konnte man am Sonnabend in der Aufführung von „Kabale und Liebe", dem einzigen bürgerlichen Trauerspiel Schiller's, auch wiederum nur feststellen. In „Kabale und Liebe" erreicht die Sturm- und Drangperiode des Dichters ihren Abschluß. Die Sonnabendaufführung hat ganz gewiß auf's Nachdrücklichste den Beweis geliefert, daß das Stück, gleichwie in der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts, auch jetzt noch zu packen weiß, obgleich die Motivirung doch nur auf schwachen Füßen steht. Wir wollen „Kabale und Liebe" nicht gerade als ein Effektstück hinstellen, jedoch das Haschen nach einer starken Situation ist unverkennbar. In der Titelrolle, der Luise Miller, versuchte sich Frl. Margarethe Munkwitz. Die anscheinend noch sehr junge Dame bot noch keine abgerundete, vollendete Darstellung, und doch folgte man allseitig ihrem Auftreten mit dem größten Interesse, weil in ihrem Spiel Natürlichkeit und Anmuth lagen, die unverkennbar das Talent der Dame bewiesen. Ein Kabinetstück seiner Charakterisirungskunst bot Julius Seidler als Stadtmusikus Miller. Ein Bravo seiner Leistung. Ganz besonders interessirte uns an diesem Abend Conrad Wiene, und das um so mehr, da er sich vor einem überhasteten Sprechen jetzt mehr und mehr zu hüten weiß. Von geradezu durchschlagender Wirkung war sein Auftreten in den Schlußszenen des 2. Aktes. Daß Robin Robert als Präsident von Walter und Carl Sartory als Sekretär nur Glanzleistungen ihres Könnens schaffen würden, war selbstverständlich. Durch Maria Voigt war der Rolle der Lady Milford eine höchst anerkennenswerthe Verkörperung zu theil geworden. Und nun zum Hofmarschall von Kalb. In dieser Rolle wurde Bruno Schlegel fast zu drastisch. Wir empfanden wieder, wie auch neulich in der Aufführung der „Medaille", daß Schlegel oftmals eine Nuance zu weit geht. Alle übrigen Personen fügten sich in genügender Weise der Gesammtaufführung an.

-t-

Lübecker Marktbericht.

Lübeck, 7. Dezember.

Bauernbutter Pfd. 1,10 Mk., Meiereibutter Pfd. 1,25 Mark, Hasen 3,30 Mk., Enten Stück 2,80 Mk., Hühner Stück 1,70 Mk., Küken Stück 1,30 Mk., Tauben Stück —,55 Mk., Gänse Pfund —,68 Mk., Flickgans 2,80 Mk., Schweinskopf Pfd. —,50 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stück 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. —,90 Mk.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

im Gerichtshause, Zimmer 20,
Dienstags und Freitags, Mittags 12 Uhr.

Grundstück	Eigenthümer	Termin
		1901.
Tünkenhagen 12	Steffen	13. Dezbr.
Johannisstraße 26	Wegner	13. Dezbr.
Marlistraße 18, 18a	Weidenfeller	17. Dezbr.
Wakenitzmauer 192	Körner	17. Dezbr.
		1902.
Meierstraße 35 und Hansastraße 43a	Zach	10. Januar.
Dornestraße 17, 17a	Knaack	10. Januar.
Kleine Kiesau 35	Schulze	14. Januar.
Dankwartsgrube 42	Thies	14. Januar.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 7. Dezember.

Der Schweinehandel verlief ziemlich flau.

Zugeführt wurden 1280 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sensichweine — Mk. Versandschweine, schwere 60–61 Mk. leichte 61—62 Mk., Sauen 53–59 Mk. und Ferkel 56–60 Mk. pr. 100 Pfd.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Knaben wurden hoch erfreut

Fick und Frau.

Statt besonderer Meldung.

Sonnabend den 7. December, Morgens 6½ Uhr, ertrank bei Anker mein lieber Mann und meiner Tochter lieber Vater

Carl Teschow

im Alter von 29 Jahren. Tief betrauert von mir und meinen Eltern, Verwandten und Bekannten.

Frau Teschow Wwe., geb. Schömann.

Moisling, den 9. December 1901.

Die Beerdigung findet Dienstag den 10. d. M., Nachmittags 2 Uhr, in Genin statt.

Allgemeiner Arbeiter-Verein Moisling u. Umgegend.

Am Sonnabend verunglückte unser Mitglied

Carl Teschow.

Die Beerdigung findet morgen Dienstag den 10. December, Nachmittags 1½ Uhr, statt.

Wir bitten um recht zahlreiche Betheiligung. Abmarsch vom Vereinslokal 1¼ Uhr.

Der Vorstand.

Unserm Freund **A. Hallenbach** zu seinem Geburtstage die besten Glückwünsche.

W. St. H. K. L. M. F. Sch. L. O. E. U.

Eine Wohnung zu vermiethen

im Preise von 120 Mk. Obertrave 20/10.

Gesucht eine Haushälterin

Zu erfragen bei

Lewitz, Lauerhofstraße.

Ausgekämmte Haare

kauft **H. Möller**, Fischstraße 43.

Herrlich

klingen unsere

Handharmonikas

zu 3, 4, 5 und 8 Mark bis zu den feinsten Sorten, in großer Auswahl vorräthig. Die **Vortheile** unserer **Handharmonikas**, welche sich immer mehr der Gunst eines hochl. Publikums erfreuen, bestehen in einem **vollen kräftigen Ton, solider Bauart, tadellos rein abgestimmt, leichter Ansprache** und **Handhabung** sowie **großartiger Ausstattung.**

Musik-Instrumenten-Haus

Meyer & Eggert

Königstraße 116, b. d. Mühlenstr.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an.

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Die

Mecklenburgische Verfassung.

Ein Beitrag zur

Geschichte des Junkerthums

von

Joseph Herzfeld

Mitglied des Reichstags.

I. Theil.

Bis zum landesgrundgesetzlichen Erbvergleich.

76 Seiten. Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

50 Mark Belohnung

zahle ich Demjenigen, welcher mir Denjenigen nachweist, welcher Sonnabends bei dem großen Andrang meinen werthen Kunden das Geld aus der Tasche stiehlt.

Gleichzeitig bitte ich meine werthen Kunden, bei ihren Sonnabends-Einkäufen vorsichtig mit ihrem Gelde zu sein.

J. Möller

Kaufhaus der Lebensmittelbranche

Johannisstrasse 13.

Gewerkschaften und Vereinen

empfehlen zu den bevorstehenden Weihnachtsfestlichkeiten als vorzüglich geeignet zu Kindergeschenken und Tombolagewinnen

Bilderbücher und Jugendschriften

sowie andere Literatur für Erwachsene in großer Auswahl

und ersuchen, bei Bedarf zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgen. Deutschlands

Mitgliedschaft Schauerleute Lübeck.

Einladung zum

Stiftungs-Fest

verbunden mit Weihnachtsvergnügen, Kinderbescheerung u. nachfolg. Ball

am Dienstag den 10. December

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 7 Uhr. Ende Morgens. Entree 75 Pfg.

Anfang der Kinderbescheerung 8 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Comitee.

Schuhwaaren!

Sämmtliche Artikel in Schuhwaaren

für Damen, Herren u. Kinder

empfiehlt in colossaler Auswahl

zu denkbar billigsten Preisen.

In meinem Geschäft wird unter absoluter Garantie nur reelle, gediegene kernige Waare verkauft.

J. Möllendorff

Holstenstr. 9 — Holstenstr. 9

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.

Aug. Büttner,

Uhrmacher,

Sägestraße 32.

Nähmaschinen

reparirt **Fr. Busse**, Königstraße 93,

Fernsprecher 1292.

2 guterhaltene Kinderwagen

billig zu verkaufen Lübowstraße 25, 1. Et.

Eine eiserne Bettstelle u. ein Plätteisen

zu verkaufen Hundestraße 50/11.

Mit dem heutigen Tage habe ich in der

Georgstraße 26

eine

Colonial-, Fettwaaren- u. Flaschenbier-Handlung

eröffnet. Indem ich beste Waaren zu billigsten Preisen zu liefern verspreche, bitte ich um geneigtes Wohlwollen.

Ergebenst **M. Siegmund.**

Georgstraße 26.

Die

Abreiß-Kalender

pro 1902

mit dem Bilde von Wilhelm Liebknecht

sind noch vorräthig und zu 50 Pfg. pro Stück zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Holzarbeiter!

Die nächste

Versammlung

findet Umstände halber **nicht Dienstag**, sondern

Mittwoch den 11. December

Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52,

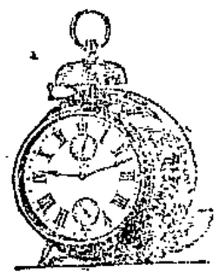
statt.

Tages-Ordnung:

1. Anträge der Lokalverwaltung betreffs Weihnachts-Unterstützungen.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Lokalverwaltung.



H. Schulz, Uhrmacher

3 ob. Johannisstr. 3.

Großes Lager aller Arten

Uhren und Goldwaaren

enorm preisw., mehrj. Garantie

Bitte Preise im **Schaufenster** zu beachten

Uhrfedern Mk. 1.50, Uhrgläser Mk. 0.30.

Taschenuhren von 5 Mk., Wanduhren von 3 Mk.

Regulateure mit Schlagwerk von 10 Mk. an

Puppenwagen

Sportwagen

Sämmtliche Spielsachen.

Mengstr. 18, Kupferschmiedestr. 11.

H. Gröper.

Lau'schen Kuchensyrup

per Pfd. 30 Pfg.

August Faasch, Blücherstraße 23.

Spar-Club „Ohne Zweifel".

Versammlung

am Dienstag den 10. December.

Anfang Abends 8½ Uhr

bei H. Boysen.

H. Struck's Restaurant

Sadowastraße.

Mittwoch den 11. December 1901:

Pellkartoffel-Essen

Abends 8 Uhr.

Circus Variété

Hört! Hört!

2750 Mark

haben wir in Werthscheinen à 50 Pfg. vertheilen lassen. Diese Scheine nehmen wir an der Abendkasse bei Lösung eines Billets in Zahlung.

Letzte Woche!

Das herrliche Dom-Programm.

Elite-Specialitäten.

Zum Schreien

ist die neue Burleske

„Die böse Zange"

mit **Heinrich Kalnberg** und den Damen **Buchwald** und **Gräpel**

Anfang des Concerts 7½ Uhr.

Alle Billets sind gültig.

Nur noch kurze Zeit!

Stadt-Theater.

Dienstag den 10. December. Anfang 7½ Uhr.
61. Abon.-Vorst. 72. Vorst. 11. Dienstags-Abon.

Zum 2. Male.

Das Rheingold.

Bons haben Gültigkeit mit einem Aufschlag von
Mk. 1 — für 1 Rang
„ 0 60 „ 2. Parquet
„ 0 50 „ 2. Rang Loge.

Mittwoch den 11. December Anfang 7½ Uhr.
62. Abon.-Vorst. 73. Vorst. 10. Mittwochs-Abon.

Die Großstadtluft.

Schwank in 4 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.

Donnerstag den 12. December. Anfang 7 Uhr.

Die Walküre.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 288. Dienstag den 10. Dezember 1901. 8. Jahrgang.

Soldatenschinderei und Militärstrafgesetzbuch.

Das deutsche Militärstrafgesetzbuch ist eine der charakteristischsten Aeußerungen des preußischen Militärsystems: Verfehlungen von unten nach oben werden mit drakonischer Strenge bestraft, Verfehlungen von oben nach unten aber finden weitgehende Nachsicht. So stellen sich z. B. die beiden Paragraphen, die auf die Mißhandlungen Bezug haben, als ganz unbrauchbar dar, indem sie nämlich den Soldatenschindern in den Vordersätzen die furchtbarsten Strafen androhen, ihnen aber dafür in den Nachsätzen ganz freundlich aus der Patsche helfen. Da lautet der § 122:

„Wer vorsätzlich einen Untergebenen stößt oder schlägt oder in anderer Weise körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit schädigt, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu 3 Jahren bestraft; in minder schweren Fällen kann die Strafe bis auf eine Woche Arrest ermöglicht werden."

Der § 123 sagt ferner:

„Ist durch die Handlung eine schwerer Körperverletzung des Untergebenen verursacht worden, so tritt Zuchthaus bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen Gefängniß oder Festungshaft von sechs Monaten bis zu fünf Jahren ein."

Man sieht, wie sich die beiden Paragraphen bemühen, in ihren Nachtsätzen dafür zu sorgen, daß den Soldatenmißhandlern ja nicht zu wehe geschieht, obwohl es auf dem weiten Erdenrund nichts Ehrloseres, Feigeres und Roheres geben kann, als das Prügeln eines erwachsenen Menschen, der sich nicht wehren kann.

Wesentlich eifriger als auf den Schutz des Untergebenen vor den Uebergriffen der Vorgesetzten ist das Militärstrafgesetzbuch auf denjenigen, der Soldatenschinder vor ihren Opfern bedroht. Nach § 98 des Gesetzbuches, den wir hier wegen seiner Länge nicht zitiren können, muß nämlich ein Untergebener, der sich nicht geduldig prügeln läßt, sondern auch nur ein bischen dabei aufmuckt, zu mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe verurtheilt werden.

Somit sind 6 Monate Festungshaft oder Gefängniß die Mindeststrafe sowohl für eine von einem Vorgesetzten an einem Untergebenen verübte schwere Körperverletzung als auch für die geringste Selbstvertheidigung eines geschlagenen und geschundenen Untergebenen gegenüber seinem höher stehenden Quälgeist. Und während der Soldatenschinder, wenn er nicht gar zu sehr dreinschlägt und so eine schwere Körperverletzung vermeidet, mit einer Woche Arrest durchschlüpfen kann, muß der Untergebene, welcher sich doch nicht wie ein Stück Vieh behandeln lassen will, mindestens sechs Monate auf die Festung oder ins Gefängniß.

Nun ist es eine bekannte traurige Thatsache, daß die Militärgerichte die Nachsicht, die das Militärstrafgesetzbuch den Soldatenmißhandlern entgegenbringt, diesen Herrschaften auch reichlich zu theil werden lassen. Daß für oft empörende Quälereien ganz außerordentlich geringe Strafen ausgesprochen werden, ist man nachgerade ja gewöhnt. Sogar den Gerichtsherrn wird die Geschichte manchmal zu bunt, so daß sie Berufung an die nächsthöhere Instanz ergreifen. Daher wäre es Sache des Reichstages, hier endlich einmal Remedur zu schaffen und eine Aenderung des Mißhandlungsparagraphen energisch zu beantragen. Gerade jetzt ist die Zeit sehr günstig. Noch ist der Fall Krosigk nicht vergessen, er wird sogar durch die in Aussicht stehende Entscheidung des Reichsmilitärgerichtes eine neue Auffrischung erfahren; ferner vergeht fast kein Tag, an dem nicht die Aburtheilung und meist zu geringe Bestrafung eines Soldatenschinders in den Zeitungen zu lesen ist. Wir glauben nicht, daß die Militärbehörde hier einem ernstlichen Vorstoß trotzen würde, denn damit würde sie sich als Schutzengel der Herren Soldatenschinder doch zu sehr bloßstellen. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Kriegsministerium diesen Leuten im Geheimen durch die Fingern sieht, wie es z. B. beim Rittmeister von Krosigk geschah, oder ob es sie offen vertheidigt und zärtlich dafür sorgt, daß ihnen ja kein Haar gekrümmt wird. Und sollte die preußische Militärverwaltung nicht nachgeben, so giebt dies ausgezeichnetes Material für die Agitation gegen den Militarismus und eine famose Illustration dafür, wie man Soldaten bald so, bald so, wie's gerade trifft, behandelt. Man kann dann ohne Uebertreibung sagen: Soll der Soldat seine Knochen für Thron und Altar riskiren, dann wird er von seinen Vorgesetzten aufgefordert, ja ein ganzer Mann zu sein. Wackeln aber weder Thron und Altar, dann können diejenigen, die in der Stunde der Gefahr sich als ganze Männer erweisen sollen, wie die Buben mit Maulschellen ꝛc. traktirt werden, ohne daß die hohe Obrigkeit sich darüber besonders aufregt.

Auch in sozialpolitischer Beziehung würde eine Weigerung des Kriegsministers, der Soldatenschinderei endlich auf dem Wege der Gesetzgebung energisch entgegenzutreten, guten Agitationsstoff liefern. Nach einer offiziellen Mittheilung des preußischen Generalleutnants v. Viebahn im Reichstag (Sitzung vom 27. Februar 1901. Stenographischer Bericht Seite 1556) betrugen nämlich die 1899 in der preußischen Armee vorgekommenen Mißhandlungen 0,63 Proz. der Heeresstärke, d. h. es traf durchschnittlich auf je 163 Mann ein Mißhandlungsfall. Die Heeresstärke der unter preußischer Verwaltung stehenden Truppentheile beläuft sich an Gefreiten und Gemeinen auf etwa 380 000 Mann. Hiervon 0,63 Proz. geben just nicht weniger als 2394 Mißhandlungsfälle in einem Jahr! An Offizieren und Unteroffizieren zählt die unter preußischer Verwaltung stehende deutsche Armee etwa 82 000 Köpfe, somit trifft durchschnittlich auf jeden 35. dieser Vorgesetzten eine Mißhandlung. Und dabei ist wohl zu bedenken, daß sehr viele Mißhandlungen gar nicht zur Anzeige kommen.

Sollte sich nun die hohe Obrigkeit, trotzdem die soeben zahlenmäßig dargelegten Verhältnisse zum Himmel schreien, zu einer durchgreifenden Aenderung der offenbar gänzlich unzulänglichen Strafgesetzparagraphen nicht entschließen, so wäre es sehr gut, wenn an die Entstehung der seligen Zuchthausvorlage eindringlich erinnert würde. Wie fix war damals die Reichsleitung bei der Hand, wie schnell wurden damals die Herren Geheimräthe mit der Herstellung einer „Begründungsschrift" beauftragt.

Nun ist es aber ganz undenkbar, daß die organisirten Arbeiter sich jemals so viele Ausschreitungen gegen die lieben Arbeitswilligen zu schulden kommen ließen, wie die militärischen Vorgesetzten nach der gewiß nicht anzuzweifelnden Statistik des Herrn v. Viebahn es thaten. Im Jahre 1899 waren in den deutschen Gewerkschaften 580 473 Arbeiter beiderlei Geschlechts organisirt. Würde auf jedes 35. Mitglied dieser Organisationen durchschnittlich eine Mißhandlung von Streikbrechern gefallen sein, so hätten die deutschen Gerichte 1899 nicht weniger als 16 585 organisirte Arbeiter und Arbeiterinnen wegen — wohlgemerkt! — thätlicher Angriffe auf Streikbrecher zu verurtheilen gehabt. Wie gering aber die Ausschreitungen hier überhaupt sind, hat die Denkschrift zur Zuchthausvorlage bewiesen. Trotzdem hier die geringfügigsten Reibereien zu Mordsaffairen aufgebauscht wurden, trotzdem man aus allen Richtungen „Material" zusammenkratzte, trotzdem sogar an die Wände von Aborten geschriebene Anzüglichkeiten auf die Arbeitswilligen herhalten mußten, fiel die Begründung so mager aus wie ein italienischer Hungerkünstler. Hätten die Macher der Zuchthausvorlage auch nur den zwanzigsten Theil von den Beweisstücken gehabt, die gegen die Herren Soldatenschinder vorliegen, sie hätten eine Denkschrift konstruirt, noch größer als Meyers Konversationslexikon. Sollte sich also die hohe Obrigkeit in Berlin gegen eine gründliche Verschärfung der auf die Mißhandlungen bezüglichen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches wehren, so ergeben sich daraus folgende für den kapitalistischen Klassenstaat äußerst bezeichnende Konsequenzen: Einerseits wollte die Regierung die organisirte Arbeiterschaft wegen relativ unerheblicher Ausschreitungen mit den härtesten Strafen bedrohen, nur weil das herrschende Geldprotzenthum es wünschte, andererseits aber sieht die nämliche Regierung den alljährlich nach Tausenden zählenden Mißhandlungen armer wehrloser Proletariersöhne in der Kaserne mit verschränkten Armen zu.

(„Leipz. Volksztg.")

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ein Streik der Nachtwächter ist in Brüssel ausgebrochen. Es sind das die Wächter, welche von Geschäftsinhabern, Fabrikbesitzern, Hauseigenthümern usw. angestellt sind, um deren Eigenthum während der Nacht zu überwachen. Diese Leute erhalten für den Dienst von Abends 10 bis Morgens 6 Uhr 2 Fr. Lohn; sie verlangen nunmehr 2,50 Fr. — Die Gasarbeiter Neapels verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 50 Cents pro Tag, ferner die Einführung der Alterspension. Sie gaben der Direktion fünf Tage Bedenkzeit und wollen dann ev. in den Streik eintreten. — In Palermo ist wiederum ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen, da die Direktion ihre Forderungen auf eine geringe Lohnerhöhung nicht bewilligen wollte. Die übrigen Eisenbahn-Angestellten der Insel haben ihre Solidarität in Aussicht gestellt und werden, wenn die Direktion nicht bewilligt, ebenfalls in den Streik treten. — In Barcelona ist abermals ein allgemeiner Ausstand der Metallarbeiter ausgebrochen.

Eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung läßt der Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands im Januar unter seinen Mitgliedern in den über ganz Deutschland verbreiteten Zweigvereinen vornehmen. Anschließend an die Urabstimmung ist ein Kongreß der organisirten Bureau-Angestellten Deutschlands in Berlin geplant.

Das jüdische Weltproletariat. Unter diesem Titel veröffentlicht die Pariser „Revue Blanche" einen Artikel von Henri Dagan, der mit der Legende aufräumt, als schwämmen die Juden im Ueberfluß, als bestände unter ihnen die den Christen abgehende Solidarität, als verabscheuten sie Handwerk und Ackerbau. An der Hand von statistischen Berichten aus Rumänien, Rußland, Persien, Marokko, Algerien, Newyork, London und Paris wird die große Noth unter den Juden, die zu sieben Achtel ungefähr arm sind, geschildert; die Noth wäre undenkbar, wenn jene Solidarität wirklich vorhanden wäre. In Paris — was uns zunächst interessirt — giebt es wenigstens 50 000 Juden, darunter mindestens 20000 Proletarier, Arbeiter und Handwerker, und eine Handvoll davon beschäftigt sich mit Börsengeschäften. Großes Verdienst haben die jüdischen Handwerker sich um das Pariser Kappengeschäft erworben; früher bezog Paris seinen Bedarf aus Deutschland; jetzt versorgt es seine Radfahrer und „Auter" selbst. Im Uebrigen ist der jüdische Arbeiter, zumal in London, mehr als der christliche das Opfer des Schwitzsystems.

Was in Dortmund Alles „grober Unfug" ist, soll der verantwortliche Redakteur der dortigen Arbeiter-Zeitung, Genosse Scheibe, wieder einmal erfahren. Es ist gegen ihn Strafantrag gestellt, weil in dem Leitartikel der Nr. 251 „Willkommen in Dortmund" — der ein Begrüßungsartikel zum Westfälischen Parteitag war — der Schlußsatz lautete: Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie! Dadurch soll die Bevölkerung beunruhigt und grober Unfug verübt worden sein. Man darf wahrlich gespannt sein, was die Richter dazu sagen werden, und zunächst, wer beunruhigt worden ist.

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.
Von Wilhelm Braunsdorf.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Willkommen in meinem Lande. Unsere Gastfreiheit sollt Ihr nicht vergebens begehren. Was führt Euch hierher?"

„Du weißt, Ghirai, daß unser aller Feind, Kaiser Nikolaus, mit seinen Schaaren unser schönes Land überschwemmt und unsere Freiheit, unsere Selbstständigkeit vernichten will. Ströme von Blut sind schon geflossen, auch die Kabarde ist bereits in seinen Händen. Seine Burgen erheben sich allerorts. Bald wird der Feind auch vor dem Suanenlande stehen. Ich komme als Abgesandter, um alle Bergstämme zu einem großen Rache- und Befreiungszuge gegen die fremden Eroberer aufzurufen."

Der Fürst antwortete nichts. Sein edel geformtes schönes Antlitz blieb unbeweglich, aber das aufblitzende Feuer in seinen dunklen Augen verrieth den unerbittlichen Haß gegen die frechen Eindringlinge, und die Geneigtheit, sich mit seinen Schaaren dem angeblichen Rachezuge anzuschließen.

„Folge uns nach meiner Burg, Bruder. Du magst mein Gast sein, so lange es Dir gefällt. Morgen werden wir weiter sprechen."

Die Abenteurer schlossen sich dem Zuge an.

Mit Sonnenuntergang wurde die Hauptstadt — wenn ein nicht großer Komplex eng bei einander stehender Häuser diese Bezeichnung verdient — erreicht. Sie glich einer einzigen großen Sommervilla, aus welcher hohe Cypressenbäume emporragten, die mit ihrem düsteren Grün zu den meist weißen Mauern prächtig kontrastirten. Schöne Straßen, mit Nuß- und Kastanienbäumen bepflanzt, zogen sich zwischen den Reihen der Häuser von verschiedener Bauart hin. Steinmauern umschlossen alle Hausgärten und von den Simsen dieser Mauern hing es in allen Farben von üppig wuchernden Schlingpflanzen herab.

Das Kastell, die fürstliche Residenz, war mit überraschendem Geschmack auf einem niedrigen Hügel erbaut. Die Regellosigkeit bildete den Stil und dennoch wirkten alle Theile zu einem harmonischen Ganzen zusammen. Die größeren und kleineren Bauten waren durch Basteimauern mit einander verbunden und die Thürme bis zu den obersten kleinen Fenstern hinauf mit dichtem Epheugespinnst bedeckt. An der Frontseite aber zog sich — ein eigenthümlicher Kontrast zu den übrigen festungsartigen Theilen des Schlosses — eine doppelte dorische Säulenreihe mit Kapitälen, welche ganz den Anschein erweckte, als wäre sie aus Plinius oder Strabos Zeiten herübergekommen. Auch die innere Einrichtung, die reichen Freskomalereien, das geräumige Atrium und Tepidarium erinnerten lebhaft an die Wohnräume der altrömischen Patrizier.

Als der Ghirai mit seinen Gästen und dem ganzen Jagdgefolge die breite Treppe zur Vorhalle emporstieg, sprach er zu Wladimir:

„Unser Suanenland hat noch kein feindlicher Fuß betreten und ich rathe es auch Keinem. Es hat noch niemals dem Sultan gehört und wird auch niemals dem Zaren gehören. In meinem Lande kann Jedermann Gast, aber auch Gefangener sein — je nachdem!"

Das klang wie ein Schwur, der dem Major tief durch die Seele ging.

Im Triklinium des Kastells begann alsbald das große Gastmahl, das der Fürst seinem Jagdgefolge gab. Wladimir mußte am Kopfende der Tafel zur Seite des Hausherrn sitzen. Treffliche Speisen und feurige Weine waren in Hülle und Fülle vorhanden und auch Wladimir that sich keinen Zwang an, sondern zeigte sich als ein echter Tscherkesse. Es wurde natürlich, der Sitte des Landes gemäß, ohne Messer und Gabel, nur mit den Fingern gegessen.

Alles, die Kleidung der am Mahl theilnehmenden Frauen, von deren seidenen Gürteln der lange Dolch an goldener Kette tief auf die Tunika herabhing, die Ausschmückung der Räume selbst die Schüsseln und Trinkgefäße aus edlem Metall, die von aufwartenden Dienern immer aufs neue mit herrlichem Rebensaft bis zum Rande gefüllt wurden — Alles trug altrömisches Gepräge, was Wladimir ganz besonders auffiel. Seine Neugier war aufs Höchste erregt, aber er, der sich ja als echter Tscherkesse ausgegeben, mußte sich hüten, seine Neugier auch nur mit einem Worte, mit einem Blicke zu verrathen. Auch der Ghirai unterließ es, während des Gastmahls das Gespräch auf die Verhältnisse seines Landes zu lenken.

Später, als Wladimir und Atalin sich in die ihnen zugewiesenen, mit orientalischer Pracht ausgestatteten Wohnräume zurückgezogen hatten, kam der Lase dem Verlangen des Majors, über die ihm hier aufgefallenen Eigenthümlichkeiten des Suanenlandes Näheres zu hören, bereitwilligst nach.

„In diesem Lande sind über zweihundert verschiedene Volksstämme vereinigt, und so verschiedener Herkunft, Sprache, Charakter und Sitte ist, sie leben dennoch in Eintracht und Frieden miteinander. Du hast hier die verschiedenartigsten Bauwerke und Bauarten gesehen. Sie entsprechen eben nur der Verschiedenartigkeit der Völker. Alle Volkstypen zwischen Rom und Indien haben sich im Laufe der Jahrtausende hier zusammengefunden. Zur Zeit der Hellenen wohnten im Suanenlande schon die Völker blühender Reiche, wo vorher schon die Kämpfe des Frauenheeres der Königin Tamera stattfanden. Fast aus allen Theilen der Welt strömten die Völker hierher. Die friedliebenden, gewerbetreibenden Völker, die von den großen persischen, medischen und armenischen Eroberern, von Aurelian, von Alexander dem Großen und Anderen aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden, die alten Bewohner von Palmyra, Pilger aus Palästina, Verbannte aus Egypten — Alle fanden hier einen Zufluchtsort. Ihnen

Eine neue Aera des Begriffs Unfug in Preßsachen ist nun auch bei dem Landgericht in Halle a. S. eingetreten. Der Redakteur des „Volksblatts", Genosse Swienty war im Monat Juni wegen Veröffentlichung mehrerer Eingesands, in den aufgefordert wurde, bestimmte Gastwirthschaften, die der sozialdemokratischen Partei ihre Säle entzogen hatten, nicht zu besuchen, zu 12 Tagen Haft verurtheilt worden. Auf eingelegte Berufung bei dem Oberlandesgericht in Naumburg hat die Strafkammer des Landgerichts Donnerstag das Urtheil aufgehoben und auf Freisprechung erkannt. Die Freisprechung wurde begründet mit der neueren Entscheidung des Reichsgerichts, wonach nicht bloß eine psychische, sondern eine unmittelbare den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung verletzende oder gefährdende Beunruhigung hervorgerufen sein muß, um zu einer Verurtheilung wegen Unfugs gelangen zu können.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein Unglücksfall auf der Bühne wird aus Görlitz gemeldet. Dort traf am Donnerstag der Fehlschuß eines Statisten während der „Räuber"-Vorstellung den in der Kulisse stehenden Schauspieler Steiner. Der Unglückliche erlitt eine schwere Gehirnverletzung und brach blutüberströmt zusammen. Das Publikum erfuhr den traurigen Vorgang erst, als es das Theater verließ. — Durch Feuer, das Donnerstag Nacht kurz nach 12 Uhr in der Schnürerei und Taklerei der Schichau-Werft bei Danzig ausbrach, wurde das zweistöckige Gebäude vollständig zerstört. Der Schaden ist nicht festzustellen. Arbeiter-Entlassungen finden nicht statt. Auch wird der Betrieb der Werft nicht gestört. — In Schöneberg bei Berlin stürzte sich in der Schule in der Kolonnenstraße eine dreizehnjährige Schülerin aus dem Fenster der dritten Etage und verstarb alsbald. Sie litt seit langem an Krämpfen. — Der Fabrikarbeiter Lenk aus Poelbitz, der seine Geliebte Hedwig Apitz wegen verschmähter Liebe in Schneeberg erschossen hat, wurde vom Schwurgericht in Zwickau zum Tode verurtheilt. — Ueber eine Vergiftung durch Gas meldet man aus Wörrishofen (Bayern): Dieser Tage erstickten die beiden zwei und drei Jahre alten Mädchen des Tagelöhners Forster hier an Kohlengasen, welche aus dem Ofen gefallene Kohlenstücke ausströmten. Die Eltern waren abwesend und die Kinder ohne jede Aufsicht. Eine Untersuchungskommission ist am Orte eingetroffen. — Die „Trier. Ztg." berichtet aus Trier: Der Tod kennt keine Rücksichten. Zwischen Trauung und Hochzeitsmahl wurde eine hiesige junge Frau ins Jenseits abberufen. Die Feier in der St. Antoniuskirche war beendet und das Paar betrat glücklich seine neue, in der Bollwerkstraße gelegene Wohnung, wo die Festtafel bereit stand, als die Frau, vom Schlage getroffen, todt zu Boden sank — eine Leiche im Brautkleide. Der Schmerz des Gatten, der Schrecken der Festgäste läßt sich nicht beschreiben. — Angeblich aus Rache tödtete in Wesenberg in Esthland der Grenzsoldat Wilhelm Praks durch Flintenschuß zwei Kameraden und verwundete zwei andere lebensgefährlich; zwei Strandbauern, die zu Hilfe eilten, wurden ebenfalls erschossen. Der Mörder ist spurlos verschwunden. — Ein stundenlanges Gewitter mit starkem Donner tobte, dem „Teataja" zufolge in der Nacht auf den 2. November in Oesel (Insel im baltischen Meer). Die Erscheinung ist, so spät im Jahre, staunenerregend, um so mehr, als das Thermometer 2—3 Grad Kälte zeigte. — Der dänische Schooner „Axel" ist bei Bersick mit seiner ganzen Besatzung von 6 Mann untergegangen. — Aus Lissabon meldet die „Voss. Ztg.": Im Distrikt Manica in Portugiesisch-Afrika sind Goldminen entdeckt, die nach genauer Untersuchung durchschnittlich 143 Gramm Gold pro Tonne Erdreich ergeben. — Ein schreckliches Bootsunglück wird aus Bombay gemeldet: Ein großes Boot mit Pilgern, die nach Goa zum Grabe des heiligen Franz Xaver, des Apostels der Inder, wallfahren wollten, sank am 4. Dezember 50 Yards vom Ufer. 140 Pilger ertranken.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung stand der Maler Joachim St. vor dem Landgericht in Altona. Am 10. September saß er in einer Wirthschaft in Langstedt und war durch überreichlichen Genuß von Alkohol in eine Verfassung gerathen, daß er sich für den König der Wissenschaft hielt. Die unglaublichsten Dinge hat er dann den anderen Gästen, die ihren Spaß an ihm hatten, vorgefaselt. Unter Anderem redete er davon, daß auch der deutsche Kaiser in einem Lehrverhältniß zu ihm gestanden habe. Hierdurch soll er sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 3 Monate Gefängniß. Da aber aus der Zeugenvernehmung hervorgegangen war, daß der Angeklagte nicht ernst zu nehmen ist und erst recht nicht, wenn er betrunken ist, so sprach ihn der Gerichtshof frei.

Ein Sittenbild aus dem Kasernenleben. Wegen fahrlässiger Körperverletzung, Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen mußte sich der Sergeant Johann Heinrich Otto von der 1. Batterie des 4. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 48 vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 in Dresden verantworten. Am 17. September — während der Manöverzeit — war die Batterie in der Ortsunterkunft zu Reichenau einquartirt. Früh um 5 Uhr sollte ausgerückt werden und die Leute mußten deshalb schon etwa 2 Stunden früher aufstehen. Der Gefreite Gustav Hermann schlief jedoch weiter, da er keinen Dienst hatte. Gegen 4 Uhr betrat nun der Angeklagte Otto, damals noch Unteroffizier, den Schlafraum und fand den schlafenden Müller, den er nun durch Rufen zu wecken versucht haben will. Da Müller nicht hörte, versetzte ihm der Unteroffizier mit dem Stiefel einen heftigen Stoß durch die Decke, verletzte den Anderen dabei aber so heftig am Schienbein, daß dieser vor Schmerz aufschrie. Müller soll dann aufgestanden sein und in nachlässiger Haltung zu dem Unteroffizier gesagt haben: „Das giebt's nicht, daß Sie mich stoßen!" Erst auf die Aufforderung seines Vorgesetzten hin hat er Stellung genommen. Wie Müller, der sich wegen dieses Verhaltens eine Anklage wegen Achtungsverletzung zugezogen hat, behauptet, hat er wegen der im Schlafraum herrschenden Dunkelheit gar nicht gewußt, daß ihn ein Unteroffizier gestoßen. Ueberdies habe ihn Otto nie leiden können und ihm schon längst eins auswischen wollen. Nach der Anklage wird dem Sergeanten Otto aber weiterhin noch zur Last gelegt, im Winter 1899-1900 in mindestens drei Fällen dem geistesschwachen und deshalb von dem Militär entlassenen Kanonier Herrmann in gebückter Stellung mit der Fahrerpeitsche mehrere Schläge auf das Gesäß versetzt zu haben. Während merkwürdiger Weise der Angeklagte sich nicht auf einen einzigen derartigen Fall besinnen kann, wissen mehrere Zeugen von zehn solchen. In der Regel kamen die Brutalitäten des „schlagfertigen" Unteroffiziers vor, wenn Hermann auf eine an ihn gerichtete Frage eine falsche Antwort gab. Dann mußte er vortreten, der Angeklagte kommandirte: „Rumpf vor beugt!" und gleich darauf sauste die Peitsche unbarmherzig auf den Aermsten nieder. Richtete sich dann Letzterer in seiner Angst einmal auf, dann schnauzte ihn der rohe Mensch mit den Worten an: „Wer hat denn etwas von Strecken gesagt!" und „Tiefer, tiefer!" mußte sich Herrmann bücken. Die geschlagenen Stellen waren blutunterlaufen. Während der Verhandlung über einen weiteren Fall (vorschriftswidrige Behandlung des Herrmann) zog es, wie die „Sächs. Arb.-Ztg." berichtet, der Gerichtshof vor, wegen „Gefährdung guter Sitten" die Oeffentlichkeit auszuschließen. Man konnte deshalb darüber nichts Näheres erfahren, nur aus der Urtheilsbegründung ging soviel hervor, daß sich Hermann auf Befehl des Angeklagten auf den Tisch stellen und die Hosen herunterziehen mußte. Das Urtheil fiel recht milde aus: sechs Wochen mittlerer Arrest wurden als ausreichende Sühne erachtet. Aber auch Müller wurde bestraft, und zwar zu drei Tagen gelindem Arrest, obgleich er zu seinem Verhalten erst durch den Mitangeklagten veranlaßt worden war.

Ein seltsamer Eisenbahnunfall, der aber zum Glück noch glimpflich abgelaufen ist, hat sich in Frankfurt a. M. zugetragen. Der dort früh 3 Uhr 33 Min. fällige Orient-Expreßzug Ostende-Wien, welcher mit anderthalbstündiger Verspätung eintraf, fuhr mit voller Geschwindigkeit durch die Schranke, den Querbahnsteig, rannte die massive Steinmauer zusammen und gelangte bis in den südlichen Wartesaal zweiter Klasse. Der Zug bestand aus Maschine, Tender, Packwagen und Personenwagen. Maschine und Tender stehen mitten im Wartesaal, der Packwagen auf dem Querbahnsteig, der folgende Wagen entgleiste, die übrigen Personenwagen blieben auf dem Gleise stehen und konnten gleich nach dem Unfall abgelassen werden. Im Zuge befanden sich nur etwa 6 bis 8 Passagiere, die mit dem Schrecken davongekommen sind. Auch der Bahnhof war zu der Zeit nicht belebt. Im Wartesaal hatten nur zwei Passagiere Platz genommen, die sich noch rechtzeitig vor den zusammenstürzenden Steinmassen retten konnten und nicht verletzt sind. Die Aufräumungsarbeiten werden den ganzen Tag in Anspruch nehmen. Man vermuthet, daß das Versagen der Bremse Schuld an dem Unglück ist. Die Zugänge zum Bahnhof sind durch Militärposten und Schutzleute abgesperrt. Nach amtlicher Meldung hat der Lokomotivführer und ein im Wartesaal Anwesender leichte Quetschungen erlitten. Der Materialschaden ist erheblich. Ursache ist zu schnelle Einfahrt. Ob ein Verschulden vorliegt muß noch festgestellt werden.

„Die niesende Feuerwehr." Unter dieser sezessionistischen Spitzmarke berichtet eine Berliner Korrespondenz: Auf eine ungewöhnliche Schwierigkeit beim Löschen eines Dachstuhlbrandes auf dem Grundstück Markgrafenstraße 29 in Berlin stieß Donnerstag Nachmittag die Feuerwehr. Der Dachstuhl des genannten Hauses dient der Firma J. F. Schwarzlose Söhne als Lagerraum, in welchem große Mengen von Parfümerien und Drogen, u. A. eine große Quantität „Nießpulver" aufbewahrt werden. Donnerstag gegen 3 Uhr brach nun in dem Quergebäude ein Brand aus, der jedoch schnell entdeckt wurde. Da die Verqualmung nur eine mäßige war, so konnten die Feuerwehrleute mit Leichtigkeit dem Brandherde nahe kommen. Hier fanden sie jedoch ein ganz unerwartetes Hinderniß. Durch das verheerende Element waren mehrere Beutel Nießpulver beschädigt worden, und das Pulver flog in der Luft umher, setzte sich in den Nasen fest, und unter den Feuerwehrleuten begann nun ein förmlich „verheerendes" Niesen. Ueber die Haustreppe drang der feine Staub auch in die Wohnungen und auf den Hof, und bei Allen, welche die mit Nießpulver geschwängerte Luft einathmeten, machte sich nun die gleiche explosive Wirkung bemerkbar. Der Brand war bald gelöscht. Die Feuerwehrleute aber niesten noch auf der Heimfahrt.

Nur ein Jude. Vor den Geschworenen in Prag wurde kürzlich über einen Todschlag verhandelt, der mit ganz besonderer Rohheit verübt wurde und durch eine Aeußerung des Thäters, der Getödtete sei nur ein Jude, eine charakteristische Beleuchtung erfährt. Am 6. Oktober vergnügte sich der jüdische Arbeiter Alois Glas mit seiner Geliebten und deren Freundin bei einer Tanzunterhaltung in einem Dorfe bei Prag. Er gerieth beim Tanze mit einem Manne in Streit, in den sich der Angeklagte Joseph Bozek einmengte. Als Polizei herbeikam, flüchtete Bozek, lauerte aber dem Glas beim Heimwege in der Pilsener Straße in Prag auf und begann dort einen Streit mit ihm, in dessen Verlauf er dem Glas mehrere Stiche in Brust und Hals versetzte. Ein Stich, der ins Herz traf, hatte den Tod Glas' zur Folge. Bozek ging dann in eine Branntweinschenke, wo er von seiner Blutthat mit den Worten sprach: „Ich bin froh, daß er ein Jude ist. Wenigstens krieg' ich nicht so viel, wenn ich ihn todtgestochen habe." Von der besonderen Rohheit des Angeklagten zeugte noch der Umstand, daß er noch am selben Abend in Gegenwart mehrerer Zeugen eine Katze einfing und ihr die Hinterfüße brach. Bozek verantwortete sich dahin, daß er das Messer dem Glas entwunden habe und in Nothwehr handelte. Durch Zeugen ist nachgewiesen, daß Glas gar kein Messer bei sich hatte. Die Geschworenen bejahten die Frage auf Todtschlag mit elf Stimmen gegen eine. Joseph Bozek wurde sodann zu achtzehn Monaten schweren Kerkers verurtheilt.

Literarisches.

Robert Seidel, Die Handarbeit, der Grund- und Eckstein der harmonischen Bildung und Erziehung. Verlag von R. Lipinski, Leipzig, Reudnitzer Straße 11. Preis 50 Pfg. Der Verfasser übt sachkundige Kritik an der herrschenden Unterrichtsmethode und kommt zu dem Schlusse, daß sie nicht zur vollen Entfaltung aller geistigen und physischen Kräfte des Menschen führen kann. Dem Verlangen des Kindes nach Bewegung wird der Unterricht nicht gerecht und darum verlangt Seidel, daß der Arbeitsunterricht pädagogisch betrieben als Lehrfach und -Methode in den Lehrplan aller Schulen aufgenommen wird, somit der von Fröbel in den Kindergärten eingeführte Gedanke voll verwirklicht werde. Lehrreich knüpft er an die Erfahrung des Arbeitsunterrichts in der Schweiz an und zeigt, wie durch den Arbeitsunterricht das Kind nicht nur Freude und Verständniß dem Schulunterricht entgegenbringt, sondern auch für das spätere Leben praktisch vorbereitet wird. Es kann deshalb Eltern wie Lehrern, denen an einer vernünftigen Erziehung der Kinder liegt, das Studium des Schriftchens nur angelegentlichst empfohlen werden.

---

schlossen sich die Reste einer Völkerwanderung an, die ihres Vaterlandes beraubten Stämme, die Trümmer der Awarenheere, die Ueberreste der Hunnenschaaren Attila's, die Glaubenssekten der verfolgten und ausgerotteten Parsen, verbannte Griechen, französische Emigranten, deutsche Hussiten, Sarazenen, türkische Ketzer und andere Volksangehörige des Westens und Ostens, die von Abenteuerlust, Kriegen, Verfolgungen oder Religionsfanatismus getrieben oder gejagt wurden, bis sie in diese schützenden Berge zurückgelangten, aus welchen die Menschheit hervorgegangen. Hier fanden Alle ein gemeinsames Vaterland, welches seine Glieder nimmer wieder losläßt. Es ist die Zuflachtsstätte der sich gegenseitig befehdenden Zivilisation vieler Jahrtausende!"

„Ich bewundere aufrichtig Deine unermeßenden Kenntnisse von Land und Leuten des Kaukasus aus ältester und neuerer Zeit," bemerkte Wladimir.

„Mein Vater war ein vielgereister Mann. Seinen Erzählungen und Berichten verdanke ich meine Welt- und Menschenkenntniß."

„Ich hätte nie geglaubt, in diesem wilden Berglande soviel des Wunderbaren und eine so hohe Kultur zu finden. Ich war bisher gewöhnt, in allen kaukasischen Völkern eine wilde Horde blutdürstiger Barbaren zu sehen. — Jetzt aber eine Frage, die mich ganz besonders interessirt: durch welche Mittel werden alle diese verschiedenen Völker zu einem einheitlichen und geordneten Staatsgebilde zusammengehalten?"

„Gerade durch ihre Verschiedenartigkeit. Jede Gruppe bewahrt sich ihre Sprache, ihre Tracht, Sitte und Lebensweise, aber alle ordnen sich dem großen Ganzen, dem Gemeinwohl unter, und im Handel und Verkehr bedient man sich fast ausschließlich der lateinischen Sprache."

„Dann muß wohl das römische Volkselement das vorherrschende sein?"

„Das nicht, denn einen römischen Stamm im eigentlichen Sinne giebt es nicht mehr. Die zersprengten Getreuen des Sextus Pompejus brachten die lateinische Sprache ins Land, sie blieben aber nicht als Stamm vereint. Durch ihre höhere Intelligenz und Bildung wurden sie die Lehrer aller der Stämme, welche sie hier vorfanden, mit denen sie derart eins wurden, daß sie selbst wohl ausstarben, ihre Sprache und Bildung aber erhalten blieb. — Darum findest Du auch, daß hier die Stellung der Geschlechter zu einander eine ganz andere ist, als bei den umwohnenden kaukasischen Volksstämmen. Im Suanenlande arbeiten die Männer, und die Frauen stehen mit jenen im Range gleich, ohne daß sich hieraus irgend eine Unzuträglichkeit ergäbe, da auch die Frauen an der aufsteigenden Bildung theilgenommen. Sie speisen gemeinsam mit den Männern und ihre Schönheit wird durch keinen Schleier verdeckt. Es giebt auch keine Scheidemauer zwischen Herrin und Dienerin, wie bei Euch zwischen einer adligen Dame und einem Bauernmädchen. Hier schlafen Herrin und Dienerin in einem Zimmer —"

„Wo aber über zweihundert verschiedene Völker auf einem verhältnißmäßig kleinen Raum beisammen wohnen, da müssen doch auch sehr verschiedene Religionsbekenntnisse vorhanden sein. Wie kommt es, daß diese Völker, wenn sie sich auch über alles andere einigen, nicht mindestens aus Religionshaß in Streit und Hader leben und über einander herfallen?"

„Alle diese Völker kennen eben nur einen Gott — den Daalgott. Ihn verehren sie gemeinschaftlich."

„Es ist dies jedenfalls auch ein unsichtbarer Gott — wie der Gott der Christen."

„Nein, der Daal ist ein sichtbarer Gott, den Jedermann sieht, wohin er blickt, der allem, was lebt und athmet, Vater und Mutter ist, der alle liebt und erhält. — Es ist die Erde!"

„Die Suaner sind also die Anbeter der Erde?"

„So ist's. Einst beteten die Menschen die Sonne an. Doch die läßt sich nicht anblicken und sie verläßt uns während der Nacht. Die Erde aber ist überall und immer gegenwärtig. Sie ist es, die alle Menschen ernährt, bekleidet, beschattet und im Tode wieder in sich aufnimmt. Die Erde bedarf und verlangt keinen Tempel, keinen Altar, auch keine Glocken, denn die fröhliche Vögelschaar ruft mit Sang und Klang alle Gläubigen zum Gebet, und kein Pope, kein Lama, Imam oder Pontifex braucht seinen Segen zu sprechen. In einer Getreideähre ist die ganze Glaubenslehre enthalten. Wer gab sie? Der Daalgott! Von seiner Brust ist sie gepflückt. Um andere Götter und zu deren Ehre sind schon Ströme von Blut geflossen. Das dem Daalgott dargebrachte Opfer aber grünt und giebt Brod. Das ist die Predigt der Getreideähre!"

„Jetzt verstehe ich wohl, warum die Menschen hier ganz glücklich leben."

„Das besagt auch der Glaube der Daalanbeter, daß die Menschen glücklich leben sollen! — Es giebt hier keine Priester, die dem Volke sagen: darbe, dulde und arbeite, verspritze Dein Blut um einen leeren Wahn, und je größer Deine Leiden auf Erden, desto größeres Glück wird Dir in einer besseren Welt beschieden sein! — Aber dieser Priester folgt ja den Gläubigen auch in jene andere Welt; dort wird er ebenso faul, hungrig und herrschsüchtig sein und die Darbenden, Leidenden wieder auf eine dritte Welt vertrösten! — Gott Daal dagegen will, daß alle Menschen schon hier an seiner mächtigen starken Brust glücklich werden sollen, und darin hindert sie Niemand, sofern sie nur einig sind."

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.